

Kulmer, Viviane

Working Paper

Einkommensungleichheit im Kontext von Degrowth: Gegenüberstellung von Umverteilungsinstrumenten und Anwendung auf nationaler Ebene

ZÖSS Discussion Paper, No. 114

Provided in Cooperation with:

University of Hamburg, Centre for Economic and Sociological Studies (CESS/ZÖSS)

Suggested Citation: Kulmer, Viviane (2025) : Einkommensungleichheit im Kontext von Degrowth: Gegenüberstellung von Umverteilungsinstrumenten und Anwendung auf nationaler Ebene, ZÖSS Discussion Paper, No. 114, Universität Hamburg, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313614>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Viviane Kulmer

**Einkommensungleichheit im Kontext
von Degrowth:
Gegenüberstellung von Umverteilungs-
instrumenten und Anwendung auf
nationaler Ebene**

Einkommensungleichheit im Kontext von Degrowth: Gegenüberstellung von Umverteilungsinstrumenten und Anwendung auf nationaler Ebene

Viviane Kulmer

Discussion Paper

ISSN 1868-4947/114

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien

Universität Hamburg

Februar 2025

Impressum:

Die Discussion Papers werden vom Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien veröffentlicht. Sie umfassen Beiträge von am Fachbereich Sozialökonomie Lehrenden, NachwuchswissenschaftlerInnen sowie Gast-ReferentInnen zu transdisziplinären Fragestellungen.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
rouven.reinke@uni-hamburg.de
Universität Hamburg
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Fachbereich Sozialökonomie
Welckerstr. 8
20354 Hamburg

1. Einleitung

Jedes Mal, wenn ein neues Extremwetterereignis auftritt, wird die Menschheit daran erinnert, dass die Häufigkeit der Wetteranomalien, die überall auf der Welt auftreten, ein Zeichen dafür ist, dass der Klimawandel bereits begonnen hat (vgl. Saito 2023, S. 16). Wissenschaftlich ist belegt, dass eine drohende Klimakatastrophe das Ende der Menschheit bedeuten könnte (vgl. Herrmann 2023, S. 9). Um unseren Planeten zu schützen und gleichzeitig Frieden und Wohlstand zu fördern, hat die UN mit ihrer Agenda 2030 ein Programm entworfen, mit dem die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) erreicht werden sollen (vgl. Vereinte Nationen 2024). Der Wachstumskritiker Kohei Saito ist der Meinung, dass die verheerenden Folgen des Klimawandels jedoch auch dann nicht abwendbar wären, wenn die SDGs bis 2030 erreicht würden, da sie nicht die notwendigen Veränderungen im Wirtschaftssystem herbeiführten (vgl. Saito 2023, S. 9–12). Neben Saito gibt es immer mehr Wissenschaftler*innen und Journalist*innen die davon ausgehen, dass unendliches Wirtschaftswachstum in einer Welt mit endlichen Ressourcen nicht möglich ist (vgl. Herrmann 2023, S. 11). Der Club of Rome stieß bereits in den 1970ern eine kritische Betrachtung des permanenten wirtschaftlichen Wachstums an (vgl. bpb 2016b). Aus diesem Gedanken heraus sind in den letzten Jahrzehnten verschiedene Postwachstums- oder auch Degrowth-Ansätze entstanden (vgl. Lange 2018, S. 83). Diese Konzepte beschreiben die Organisation von Systemen, die nicht auf wirtschaftliches Wachstum angewiesen sind.

In einer Gesellschaft ohne Wirtschaftswachstum muss jedoch ökonomische Ungleichheit anders betrachtet werden als in einer Gesellschaft mit Wirtschaftswachstum, findet auch die Politökonomin und Nachhaltigkeitsforscherin Maja Göpel, die betont, dass Umweltfragen immer mit Verteilungsfragen verbunden sind (vgl. Göpel 2021, S. 161). Und auch Buch-Hansen et al. machen darauf aufmerksam, dass nicht nur das Überschreiten der planetaren Grenzen, sondern auch die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit das gegenwärtige menschliche Zusammenleben gefährden (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 264). In Deutschland hatten beispielsweise im Jahr 2016 die einkommensstärksten zehn Prozent mit 23,3 Prozent einen größeren Anteil am Gesamteinkommen als die einkommensschwächsten 40 Prozent (vgl. bpb 2020). Selbst wenn das Thema Degrowth auch in der akademischen Welt immer mehr an Bedeutung gewinnt (vgl. Fitzpatrick et al. 2022, S. 10), so steht die Einkommensumverteilung bisher nicht im Mittelpunkt der politischen Debatten im Zusammenhang mit Degrowth (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 268).

Für eine Betrachtung von sozio-ökonomischen Transformationen kann es zielführend sein, nicht ausschließlich Konzepte mit der neoklassischen Perspektive zu untersuchen, sondern das paradigmatische Feld zu erweitern (vgl. Göpel 2016, S. 53–57). Aus diesem Grund wurden in dieser Arbeit die Degrowth-Konzepte „Wohlbefindensökonomie“ von Jason Hickel und „Degrowth-Kommunismus“ von Kohei Saito mit marxistischer Perspektive (vgl. Durand et al. 2023, S. 4; Neumann 2023), die „Neue Ökonomie des Wohlstandes“ von Tim Jackson mit keynesianischen Bestandteilen (vgl. Lange 2018, 92), die „Steady-State-Ökonomie“ von Herman Daly mit neoklassischen Grundlagen und die „Suffizienzökonomie“ von Niko Paech aus dem Bereich der Umweltökonomik (vgl. Universität Siegen 2024) ausgewählt. Von dieser Pluralität wird sich ein höherer Erkenntnisgewinn aufgrund der vielfältigen Perspektiven

erhofft. Die oben genannten Konzepte wurden im Zeitraum zwischen den 1970ern und den 2020ern veröffentlicht und sind somit auch in Bezug auf ihren Entstehungszeitpunkt plural.

Die Forschenden Fitzpatrick et al. haben bereits eine allgemeine Bestandsaufnahme der Zielformulierungen und Instrumente einiger Degrowth-Konzepte vorgenommen und die Präzision, Häufigkeit, Qualität und Vielfalt der Instrumente bewertet (vgl. Fitzpatrick et al. 2022, S. 1). Bisher wurden die Themen Ungleichheit und Degrowth jedoch noch nicht in der Gestalt verbunden, dass eine Gegenüberstellung der Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit pluraler Degrowth-Konzepte vorgenommen wurde. Diese Gegenüberstellung wird in der vorliegenden Arbeit durchgeführt mit dem Ziel, die folgenden Fragen zu beantworten:

Mit welchen Instrumenten wollen die ausgewählten Degrowth-Konzepte die personelle Einkommensungleichheit reduzieren? Sind diese Instrumente kompatibel, obwohl die Konzepte heterogen sind? Und wie sieht deren Anwendung in Deutschland aktuell oder potenziell aus?

Um diese Fragen zu beantworten, wird eine Bestandsaufnahme der Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit in den ausgewählten Degrowth-Konzepten vorgenommen. Aufgrund der Vielfalt des Themas der Ungleichheit beschränkt sich diese Arbeit bezüglich der Instrumente zur Einkommensumverteilung auf die Dimension der personellen Einkommensungleichheit. Im Anschluss werden die Instrumente gegenübergestellt, um die Frage der Kompatibilität zu beantworten. Dabei handelt es sich im Vorgehen um eine Gegenüberstellung und nicht um einen komparativen Vergleich.

Die in dieser Arbeit angewandte Methode der Literaturlarbeit ist deshalb besonders geeignet, die Fragestellung zu beantworten, weil die Instrumente zur Reduktion der personellen Einkommensungleichheit in den bestehenden Degrowth-Konzepten genannt werden und es bereits Literatur gibt, die sich mit den Auswirkungen der Anwendung dieser Instrumente beschäftigt, z.B. Lindner und Heise.

Die vorliegende Arbeit gibt im ersten Kapitel eine kurze Einführung in das Thema Wirtschaftswachstum und Degrowth, indem unter anderem ein Einblick in die Wachstumskritik gegeben wird, die Ausgangspunkt für die verschiedenen Wachstumspositionen, wie Degrowth, ist. Im nächsten Kapitel werden die Konzepte in Zusammenfassungen einzeln vorgestellt, um den Entstehungskontext und die Rahmenbedingungen der Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit aufzuzeigen. Bevor die Konzepte in Bezug zur Ungleichheit gesetzt werden, soll im dritten Kapitel die personelle Einkommensungleichheit beleuchtet werden, die als eine Ungleichheitsdimension im Fokus dieser Arbeit stehen wird. Auch wird der Frage nachgegangen, ob in einem Degrowth-Szenario die Einkommensungleichheit durch das wirtschaftliche Schrumpfen zunehmen könnte. Im vierten Kapitel werden zunächst die Begründungen der Degrowth-Konzepte für mehr Gleichheit aufgezeigt, denn jede Umverteilungsmaßnahme muss begründet werden. Als theoretische Grundlage für die Gegenüberstellung werden die Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit in den ausgewählten Degrowth-Konzepten - die Einkommensuntergrenze, die Einkommensobergrenze und die progressive

Einkommensbesteuerung - im darauffolgenden Abschnitt beschrieben. Darauf folgt die Gegenüberstellung, unterteilt nach den drei Instrumenten, gefolgt von der Beantwortung der Kompatibilitätsfrage. Im Ausblick werden die Degrowth-Einkommensumverteilungsinstrumente in Deutschland und eine mögliche deutsche Einkommensverteilung in einem weltweiten Degrowth-Szenario betrachtet.

In dieser Arbeit wird der Begriff Degrowth-Konzept als Sammelbegriff für alle Konzepte verwendet, die darauf ausgelegt sind, unabhängig von der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes, gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben zu organisieren. Darunter fallen auch Konzepte, die mit Begriffen wie „Postwachstum“, „Wirtschaft ohne Wachstum“ oder „A-Growth“ bezeichnet werden.

2. Wirtschaftswachstum und Degrowth

Wirtschaftswachstum ist in den letzten 100 Jahren fast überall auf der Welt das wichtigste wirtschaftspolitische Ziel, denn die Annahme, dass die Lebensqualität der Menschen direkt von Wirtschaftswachstum abhängt, ist weit verbreitet (vgl. Jackson 2017, S. 37). In Deutschland zum Beispiel wurde mit dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesetzlich festgehalten, dass die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen so zu treffen sind, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen (vgl. StabG, §1).

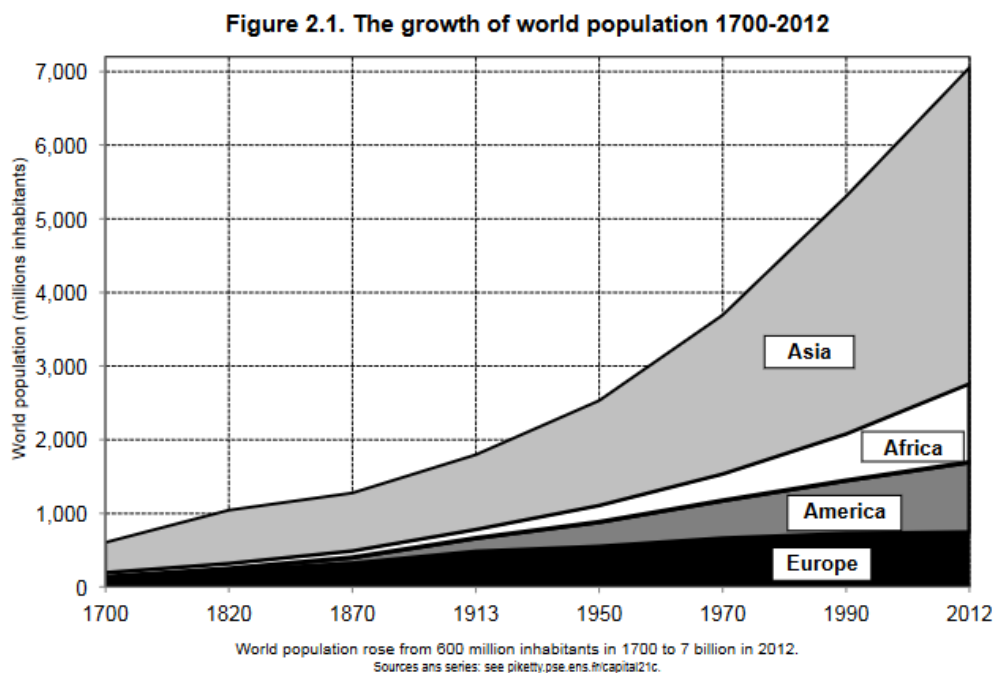
Gemessen wird dieses Wachstum mit Hilfe des Bruttoinlandsproduktes. Das BIP misst die Menge an produzierten Gütern und Dienstleistungen innerhalb eines Jahres. Wird eine Steigerung des BIPs gemessen, so spricht man von Wirtschaftswachstum. Dabei kann zwischen einer „nominalen“ Steigerung und einer „realen“ Steigerung unterschieden werden. Eine „reale“ Steigerung liegt vor, wenn sich die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen erhöht hat. Von einer „nominalen“ Steigerung hingegen ist die Rede, wenn die Menge gleichgeblieben ist, sich aber die Preise für die produzierten Güter und Dienstleistungen erhöht haben (vgl. Victor 2016, S. 188). Welche Güter und Dienstleistungen in diese Statistik mit aufgenommen werden, ist dabei eine politische Entscheidung. Care-Arbeit zum Beispiel, die in einem Wirtschaftsjahr geleistet aber nicht vergütet wurde, wird genauso wie wachsende Ungleichheit in einer Gesellschaft im Bruttoinlandsprodukt nicht erfasst (vgl. Victor 2016, S. 191).

In diesem Kapitel wird im ersten Schritt die historische Entwicklung des wirtschaftlichen Wachstums umrissen. Darauf folgt ein Einblick in die Wachstumskritik, die Ausgangspunkt für die verschiedenen Wachstumspositionen, wie Degrowth, ist.

2.1. Historische Entwicklung des Wirtschaftswachstums

Der französische Ökonom Thomas Piketty unterteilt das Wirtschaftswachstum in die Komponente des Bevölkerungswachstums (demografische Komponente) und des Produktionswachstums pro Kopf (ökonomische Komponente) (vgl. Piketty 2014b, S. 105). Beide Komponenten waren bis zur Industrialisierung auf einem sehr niedrigen Niveau bei ca. 0,08% (vgl. Piketty 2014b, S. 107). Hohe ökonomische Wachstumsraten gibt es erst seit dem 18. Jahrhundert, es handelt sich somit um ein Novum in der Geschichte der Menschheit (vgl. Lange 2018, S. 107).

Abbildung 1: Wachstum der Weltbevölkerung von 1700 bis 2012



Quelle: (Piketty 2014a)

Die jährliche durchschnittliche Wachstumsrate der Produktion pro Kopf betrug zwischen den Jahren 0 bis 1700 nach Christus null Prozent. Die jährliche durchschnittliche Wachstumsrate der Weltbevölkerung betrug in demselben Zeitraum 0,1 Prozent (vgl. Piketty 2014b, S. 106). Abbildung 1 zeigt das rasante Wachstum der demografischen Komponente ab dem 18. Jahrhundert.

Im Jahr 2012 betrug die Wirtschaftswachstumsrate drei Prozent und setzte sich aus einem Prozent ökonomischem pro-Kopf-Wachstum und zwei Prozent Bevölkerungswachstum zusammen. Zumindest bezüglich der demografischen Komponente wird das Wirtschaftswachstum des 21. Jahrhunderts nach Ansicht von Piketty geringer ausfallen als im vorherigen Jahrhundert (vgl. Piketty 2014b, S. 105). Piketty geht davon aus, dass das Bevölkerungswachstum in den Jahren 1950 bis 1970 mit einer Wachstumsrate von zwei Prozent den höchsten Stand erreicht hatte und sich der seitdem vorhandene Abwärtstrend weiter fortsetzen wird, bis es ab Mitte des 21. Jahrhunderts zu einer Stagnation des Bevölkerungswachstums kommt (vgl. Piketty 2014b, S. 138). Mittels einer Medianprognose

kommt er somit zu der Einschätzung, dass die weltweite Wirtschaftswachstumsrate ab der Mitte des 21. Jahrhunderts auf 1,5 % fallen wird (vgl. Piketty 2014b, S. 141).

2.2. Wirtschaftswachstumskritik

In der Zeit, in der verschiedene Wachstumskonzepte entstanden, entstand auch die Wirtschaftswachstumskritik. So äußerte John Stuart Mill sich bereits im 19ten Jahrhundert kritisch zu der Verbindung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Auslöser für die moderne Wachstumsdebatte war der Bericht des Club of Rome „Limits of Growth“ aus dem Jahr 1972. Darin äußerten die Forscher*innen Zweifel daran, dass unbegrenztes Wirtschaftswachstum in einer Welt mit steigenden Umweltbelastungen und begrenzten Ressourcen sinnvoll sei (vgl. Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages 2010, 5ff).

Wirtschaftswachstum und planetare Grenzen

In den letzten Jahren ist auch die Frage der Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Treibhausgasemissionen ins Zentrum der Diskussion um Wachstum gerückt, auf diese wird in einem späteren Abschnitt dieses Kapitels noch einmal eingegangen. Der Ausstoß von CO₂ hat sich seit der Industrialisierung in ähnlich rasantem Ausmaß entwickelt wie das wirtschaftliche Wachstum. Besonders seit Ende des Zweiten Weltkrieges und nach Ende des Kalten Krieges ist ein extremer Sprung in der Menge an emittiertem CO₂ erkennbar (vgl. Saito 2023, S. 19). Dieser enorme Ausstoß an CO₂ und anderen Treibhausgasen stellt eine wesentliche Ursache des Klimawandels dar.

Johan Rockström veröffentlichte im Jahr 2009 das Konzept der planetaren Grenzen. Darin ermittelte er verschiedene Kippunkte im Erdsystem, deren Überschreitung eine extreme Gefahr für die Menschheit darstellt. Die Kippunkte zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Schwellenwerte identifizieren, ab denen die Erde ihre Fähigkeit zur Regeneration in einem bestimmten Bereich verliert. Diese neun Bereiche umfassen neben dem Klimawandel auch neuartige Substanzen, stratosphärischen Ozonabbau, Aerosolbelastung, Ozeanversauerung, bio-geochemische Kreisläufe, Veränderungen im Süßwassersystem, Landnutzungsänderungen und Integrität der Biosphäre (vgl. Rockström et al. 2009, S. 472). In den meisten Kategorien wurden die planetaren Grenzen bereits überschritten und mindestens in den Bereichen Integrität der Biosphäre und dem Klimawandel kann das Ausmaß der wirtschaftlichen Aktivität dafür als mitverantwortlich betrachtet werden (vgl. Saito 2023, S. 48–50).

Globale Umweltungerechtigkeit

Die globale Umweltungerechtigkeit beschreibt das Phänomen, dass die Menschen, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden, am wenigsten zu dessen Entstehung beigetragen haben. Für die CO₂-Emissionen seit der Industrialisierung sind hauptsächlich die Länder des globalen Nordens verantwortlich. Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verursachen 50 Prozent der CO₂-Emissionen (vgl. Saito 2023, S. 18).

Gleichzeitig leiden besonders die Länder des globalen Südens unter den Folgen des Klimawandels und anderer Umweltbelastungen. Um gegen diese Ungerechtigkeit vorzugehen,

haben sich weltweit Umweltgerechtigkeitsbewegungen gebildet, die darauf aufmerksam machen, dass eine Reduzierung des Wirtschaftswachstums alleine nicht ausreicht, sondern dass die globalen Verteilungsfragen neugestellt werden müssen (vgl. Anguelovski 2016, S. 74–78). Leider kann in dieser Arbeit aus Kapazitätsgründen nicht näher auf die globale Ungleichheit, die für Degrowth-Konzepte eine große Relevanz hat, eingegangen werden.

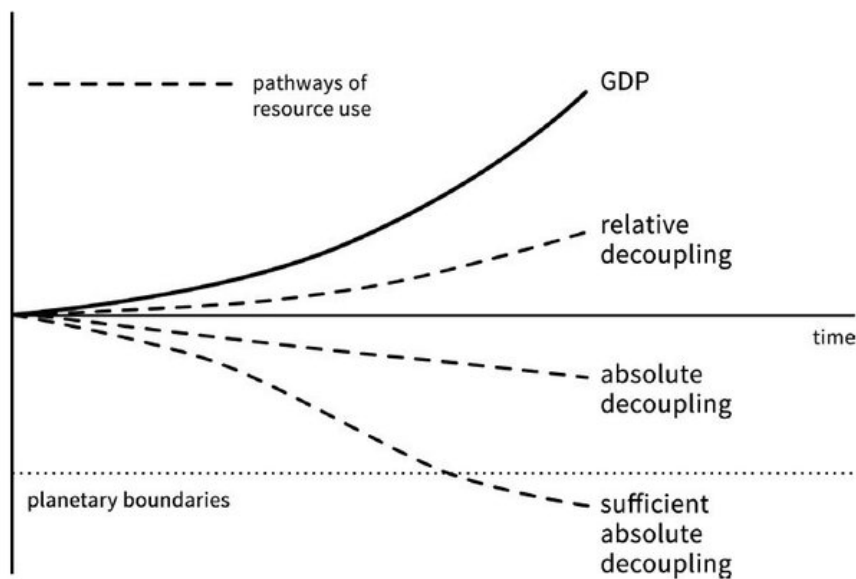
Wirtschaftswachstum und Lebensqualität

Es gibt verschiedene sozialwissenschaftliche Konzepte, die zeigen, dass die Steigerung des BIP nicht automatisch im gleichen Maße zu einer Steigerung des gesellschaftlichen Wohlergehens führt (vgl. Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages 2010, S. 6). Der Soziologe Ulrich Beck geht davon aus, dass das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland nach Ende des zweiten Weltkrieges zwar keinen Einfluss auf die Einkommensungleichheit hatte, aber den Lebensstandard für alle westdeutschen Bürger*innen erhöht hat. Diese von ihm beschriebene Entwicklung ist auch als „Fahrstuhl-Effekt“ bekannt (vgl. Petschow et al. 2018, S. 104). Ab einem bestimmten Niveau im Lebensstandard scheint es jedoch keinen eindeutigen positiven Zusammenhang mehr zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität zu geben (vgl. Saito 2023, S. 81). Pickett und Wilkinson haben zu diesem Thema eine Studie durchgeführt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sich eine Einkommensgrenze ermitteln lässt, ab der die Lebensqualität in der Tendenz nicht mehr zunimmt, entscheidend sei dann die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft (vgl. Pickett et al. 2010, S. 2–4).

Frage der Entkopplung

Historische Daten zeigen, dass wirtschaftliches Wachstum zu einer Zunahme des CO₂-Ausstoßes in einem ähnlichen Ausmaß führt (vgl. Saito 2023, S. 50). Die Idee hinter dem Konzept der Entkopplung ist, das wirtschaftliche Wachstum vom CO₂-Ausstoß unabhängiger zu machen, mit anderen Worten: zu entkoppeln. Dabei kann man, wie in Abbildung 2 zu erkennen ist, zwischen zwei Arten der Entkopplung unterscheiden. Die relative Entkopplung beschreibt einen Zustand, in dem die Wirtschaft wächst und der CO₂-Ausstoß in geringerem Ausmaß zunimmt. Im Zustand der absoluten Entkopplung wächst die Wirtschaft auch, während aber gleichzeitig der CO₂-Ausstoß sinkt. Als ausreichende Maßnahme gegen den Klimawandel ist eine absolute Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und dem Ausstoß von CO₂ notwendig (vgl. Saito 2023, 50 ff). Wenn also das 1,5-Grad-Ziel bis zum Jahr 2050 erreicht werden soll, so wäre folgende Entwicklung weltweit notwendig: Die jährliche Veränderungsrate des Ausstoßes von CO₂ müsste um 9,2 Prozent sinken, unter der Annahme, dass das die ökonomische Komponente des Wachstums um 2 Prozent und die demografische Komponente um 0,7 Prozent wächst. Das würde für eine Volkswirtschaft wie Deutschland eine fast vollständige Dekarbonisierung der Wirtschaft bis 2050 voraussetzen (vgl. Petschow et al. 2018, 17 ff).

Abbildung 2: Relative & Absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcen Verbrauch



Quelle: Raworth 2018b

2.3. Wachstumspositionen

In diesem Kapitel werden drei Wachstumspositionen vorgestellt, die sich durch ihre Antworten auf die folgenden Fragen unterscheiden: Ist eine Einhaltung der planetaren Grenzen von einer Gesellschaft mit Wirtschaftswachstum und die damit verbundene Entkopplung möglich? Und ist weltweites Wirtschaftswachstum zwingend für eine Steigerung der Lebensqualität in den Ländern des globalen Nordens notwendig?

Green-Growth-Position

Die Green-Growth-Position zeichnet sich dadurch aus, dass sie mit einem optimistischen Blick auf die Entkopplungsfrage schaut und davon ausgeht, dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch in ausreichendem Maße möglich ist. Die Entkopplung soll mit Hilfe neuer Technologien erreicht werden, die zusätzlich sogar für weiteres Wirtschaftswachstum sorgen (vgl. Petschow et al. 2018, S. 20). Außerdem gehen Vertreter*innen dieser Position davon aus, dass eine Steigerung der Lebensqualität weltweit zwingend von wirtschaftlichen Wachstum abhängig ist (vgl. Petschow et al. 2018, S. 22).

Degrowth-Position

Vertreter*innen der Degrowth-Position gehen davon aus, dass eine Entkopplung nicht oder zumindest nicht ausreichend schnell möglich sein wird, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen (vgl. Petschow et al. 2018, S. 27). In dieser Position wird die Annahme getroffen, dass für ein gesellschaftliches Wohlergehen in den Ländern des globalen Nordens Wirtschaftswachstum nicht notwendig sei (vgl. Petschow et al. 2018, S. 26). Viele Degrowth Vertreter*innen sind der Meinung, dass eine Reduktion des Konsums in den Ländern des globalen Nordens ohne Einschränkungen in der Lebensqualität möglich wäre und Ressourcen verfügbar machen

könnte, damit alle Menschen auf der Welt ihre Grundbedürfnisse befriedigen könnten (vgl. Farley 2016, S. 68). Jason Hickel definiert Degrowth als einen Prozess, in dem durch eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs die Wirtschaft wieder in Einklang mit der Natur gebracht wird und die Ungleichheit verringert wird, während das Wohlbefinden der Menschen gesteigert wird (vgl. Hickel 2021, S. 1). Degrowth bedeutet dabei nicht einfach, auf Wirtschaftswachstum zu verzichten, vielmehr fordern die Vertreter*innen einen geplanten Transformationsprozess zu einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums „by design, not disaster“ (vgl. Victor 2019, S. 340).

A-Growth-Position oder auch vorsorgeorientierte Postwachstumsposition

Vertreter*innen der A-Growth-Position bleiben agnostisch bezüglich der Entkopplungsfrage, da sie der Meinung sind, mit dem aktuellen Erkenntnisstand keine fundierte Prognose abgeben zu können. Wirtschaftliches Schrumpfen wird somit nicht als zwangsläufig, aber als möglicherweise notwendig angesehen. Diese Position nimmt an, dass es „kein unmittelbarer, linearer Zusammenhang“ zwischen Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichem Wohlergehen gibt (vgl. Petschow et al. 2018, 21).

Wie in der Einleitung bereits dargelegt, wird im Folgenden der Begriff Degrowth als Sammelbegriff für alle Konzepte verwendet, die darauf ausgelegt sind, mindestens unabhängig von der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben zu organisieren, auch weil die Autor*innen nicht sicher sind, ob eine Entkopplung rechtzeitig möglich sein wird. Darunter fallen auch Konzepte, die mit Begriffen wie „Postwachstum“, „Wirtschaft ohne Wachstum“ oder „A-Growth“ bezeichnet werden.

Einig sind sich die drei Positionen jedoch in der Feststellung, dass eine Überschreitung der planetaren Grenzen in mindestens zwei Dimensionen ungerecht ist. Die erste ist die räumliche Dimension, die im Abschnitt zur globalen Umweltungerechtigkeit bereits beleuchtet wurde und verdeutlicht, dass die Länder des globalen Nordens in viel größerem Maße für den Klimawandel verantwortlich sind, aber viel weniger darunter leiden. Die andere Dimension ist die zeitliche, die darauf aufmerksam macht, dass die kommenden Generationen den Klimawandel nicht verursacht haben, aber unter den Folgen leiden werden. Daher fordern alle drei Wachstumspositionen globale und intergenerationale Klimagerechtigkeit (vgl. Petschow et al. 2018, S. 43).

3. Ausgewählte Degrowth-Konzepte

Die verschiedenen Postwachstums-, Degrowth- und A-Growth-Positionen sind verbunden durch die Anerkennung der Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft, einer Abkehr vom Wachstumsimperativ und einem stärkeren Fokus auf Nachhaltigkeit und Lebensqualität (vgl. Durand et al. 2023, S. 2). In diesem Kapitel sollen fünf dieser Konzepte vorgestellt werden, bevor deren Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit im vierten Teil gegenübergestellt werden. Die Steady-State-Ökonomie von Herman Daly, die neue Ökonomie des Wohlstandes von Tim Jackson, die Suffizienzökonomie von Niko Paech, der Degrowth-Kommunismus von Kohei Saito und die Wohlbefindensökonomie von Jason Hickel wurden aufgrund ihrer Pluralität in den Bereichen

Entstehungszeitpunkt und paradigmatische Perspektive für diese Arbeit ausgewählt. Von dieser Pluralität wird sich ein höherer Erkenntnisgewinn aufgrund vielfältiger Perspektiven erhofft. Besonders für die Betrachtung von sozio-ökonomischen Transformationen kann es zielführend sein, nicht ausschließlich Konzepte mit der neo-klassischen Perspektive zu untersuchen, sondern das paradigmatische Feld zu erweitern (vgl. Göpel 2016, S. 53–57).

Die Steady-State-Ökonomie entstand als frühestes Konzept in den 1970ern, als Reaktion auf den Bericht des Club of Rome (vgl. Lange 2018, S. 83), gefolgt von der Ökonomie des Wohlstandes, die in der ersten Fassung in den 2000ern veröffentlicht wurde (vgl. Jackson 2017, S. 15). In den 2010ern folgte die Suffizienzökonomie (vgl. Paech 2021), bevor im darauffolgenden Jahrzehnt das Konzept des Degrowth-Kommunismus und die Wohlbefindensökonomie veröffentlicht wurden (vgl. Hickel 2023; vgl. Neumann 2023).

Der Anthropologe Jason Hickel und der Philosoph Kohei Saito betrachten die Wirtschaft aus einer marxistischen Perspektive (vgl. Durand et al. 2023, S. 4; Neumann 2023). Niko Paech, der Postwachstumsökonom, ist Vertreter der Umweltökonomik (vgl. Universität Siegen 2024). Der Ökonom Tim Jackson bedient sich in seinem Konzept keynesianischer und marxianischer theoretischer Bestandteile (vgl. Lange 2018, 92). Und der Volkswirt Herman Daly kritisiert zwar die Neoklassik, stützt sich in seinem Konzept jedoch trotzdem auf deren Grundlagen (vgl. Durand et al. 2023, S. 3).

Die Autoren der im Folgenden betrachteten Degrowth-Konzepte leben in den USA, Großbritannien, Japan und Deutschland. Jedoch sind die ausgewählten Konzepte in Bezug auf die betrachteten Volkswirtschaften nicht in dem Grad plural, wie es für eine global diverse Perspektive wünschenswert wäre, denn alle betrachteten Volkswirtschaften befinden sich im globalen Norden. Sortiert nach dem Zeitpunkt der Veröffentlichung werden die Konzepte im Folgenden vorgestellt.

3.1. Steady-State-Ökonomie von Herman Daly

In Reaktion auf die Veröffentlichung des Berichtes „Limits of Growth“ des Club of Rome im Jahr 1972 entstand die Steady-State-Ökonomie als frühestes Konzept (vgl. Lange 2018, S. 83). Herman Daly betrachtet die Wirtschaft als ein Subsystem im Gesamtsystem der Erde. Er geht davon aus, dass endloses Wirtschaftswachstum ausgeschlossen ist, da die Ökosphäre, also das Gesamtsystem, endlich ist. Der ehemalige Weltbank-Ökonom unterscheidet zwischen qualitativer Entwicklung und quantitativem Wachstum. Unter qualitativer Entwicklung versteht Daly zum Beispiel die Zunahme von Dienstleistungen und Wissen, diese sollte weiter stattfinden. Das quantitative Wachstum hingegen sollte abnehmen oder in einen stabilen Zustand zurückkehren, darunter fällt auch die Menge an Durchsatz (vgl. Daly 2009, 39 ff). Durchsatz bezeichnet in diesem Fall die Menge an Rohstoffen aus der Natur, die in einem bestimmten Zeitraum gefördert und als Abfall wieder zurückgeführt wird, es handelt sich somit um eine Stromgröße (vgl. Farley 2016, S. 64). Auch wenn das BIP aktuell überwiegend den Durchsatz spiegelt, ist es nicht das Ziel, ein sinkendes BIP zu erreichen, sondern den Durchsatz zu stabilisieren. Die BIP Entwicklung sollte dabei in den Ländern des globalen Nordens kein relevantes statistisches Maß mehr sein (vgl. Farley 2016, S. 65). Für die Länder

des globalen Südens sieht Daly ein Wachstum des BIP weiterhin als sinnvoll an, um das Gemeinwohl zu erhöhen (vgl. Daly 2009, S. 40).

Auch er begründet sein Konzept ökologisch mit den Grenzen der Umwelt. Darüber hinaus sieht Daly aber auch ethisch-soziale Grenzen, die eine Wohlfahrts- und Gerechtigkeits-Begründung darstellen. Zusätzlich ist in seinem Werk die Rede von ökonomischen Grenzen (vgl. Lange 2018, 84 ff). Er erklärt, dass wir uns in einer Situation befinden, in der der Grenznutzen von wirtschaftlichen Wachstum soweit gesunken ist, dass die ökologischen Grenzkosten diesen bereits übersteigen (vgl. Lange 2018, S. 85 und Farley 2016, S. 65).

Steady-State-Wirtschaft ist also zusammengefasst ein System, das die Grenzen des Ökosystems nicht überschreitet, indem die Faktoren Durchsatz, Bevölkerung und Kapitalstock konstant gehalten werden (vgl. Lange 2018, S. 84 und Farley 2016, S. 64). Aber wie soll dieser Zustand erreicht werden? Dazu hat Daly einen Plan mit zehn grundlegenden Schritten entwickelt:

Der erste Schritt besteht darin, ein Handelssystem einzuführen, in dem Zertifikate für die Nutzung und Entsorgung der grundlegenden, biophysikalischen Ressourcen effizient verteilt werden. Dies sei deshalb sinnvoll, weil für die Nutzung und Entsorgung dieser Ressourcen Obergrenzen eingeführt werden sollten. Im nächsten Schritt soll es eine ökologische Steuerreform geben, mit einem Wandel von Verbrauchssteuern zu Ressourcensteuern. Die Steuern auf schmutzige Güter sollen erhöht und die auf saubere Güter gesenkt werden. Somit würde die Belastung der Natur in die Produktionskosten eingepreist werden. Daly schlägt außerdem vor, eine Höchstgrenze für Einkommen und Vermögen sowie ein Minimaleinkommen einzuführen. Die Einkommensgrenzen werden in der Gegenüberstellung im vierten Teil detaillierter benannt. Um Vollbeschäftigung erreichen zu können, soll im nächsten Schritt die Arbeitszeit verkürzt werden. Eine weitere Forderung ist die stärkere Regulierung des internationalen Handels, dazu gehören eine Einschränkung des freien Handels, der Kapitalmobilität und sogar der Globalisierung. Der Einfluss wichtiger Wirtschaftsinstitutionen, wie der WTO, der Weltbank und des IWF soll begrenzt werden, da die vorgenannten Institutionen - in der Annahme, von Wirtschaftswachstum würden alle profitieren - nach Ansicht des ehemaligen Weltbank-Ökonomen den Multikonzernen beim Wachsen geholfen haben. Im nächsten Schritt würde er die Geldschöpfung wieder zu einer staatlichen Aufgabe machen. Der Handel von Allgemeingütern, die eine Rivalität im Konsum aufweisen, soll in öffentlich organisierte Treuhandgesellschaften überführt werden, um sie von privater Ausschließbarkeit zu befreien. Andere Allgemeingüter, die keine Rivalität im Konsum aufweisen, sollen bepreist werden.

Der neunte Schritt sieht eine Stagnation des Bevölkerungswachstums vor, während der letzte Schritt eine Reform der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorsieht, um das Wirtschaftswachstum in einem Kosten- und einem Ertragskonto abbilden zu können (vgl. Daly 2009, 40–42).

3.2. Neue Ökonomie des Wohlstandes von Tim Jackson

Tim Jackson und Peter Victor sind die bekanntesten Degrowth-Autoren im englischsprachigen Raum (vgl. Lange 2018, S. 90). Beide haben eigene Konzepte erstellt und diese sowohl allein als auch gemeinsam in Simulationen und Modellen getestet (vgl. Jackson 2017, S. 252–257).

Ziel des Konzeptes von Tim Jackson ist es, ein resilientes Wirtschaftssystem ohne Wachstumszwang zu erschaffen, in dem ein Leben in Wohlstand und mit einem hohen Grad an Beschäftigung und Gleichheit innerhalb planetarer Grenzen möglich ist (vgl. Jackson 2017, S.34;Lange 2018, S. 90). Um dieses Ziel zu erreichen, hat Jackson vier Voraussetzungen für seine Ökonomie des Wohlstandes erarbeitet. Als erste Voraussetzung formuliert er, dass das Ziel von Unternehmen die Lieferung von dematerialisierten, menschlichen Dienstleistungen sein sollte. Ihre wirtschaftliche Aktivität sollte umweltschonend sein und den Arbeitnehmenden Verwirklichungschancen für ein gutes Leben ermöglichen (vgl. Jackson 2017, S. 205–210). Die zweite Voraussetzung beschreibt eine Neuorganisation von Arbeit, die er als relevant für gesellschaftliche Teilhabe und ein Erleben von Selbstwirksamkeit hält. Um bei weiterhin steigender Arbeitsproduktivität und einer konstanten Gesamtnachfrage Arbeitslosigkeit zu verhindern, schlägt er, wie bereits Daly, eine Verkürzung der Arbeitszeit vor. Als Alternative betrachtet er eine Stagnation oder Abnahme in der Arbeitsproduktivität durch eine Fokussierung auf den Dienstleistungssektor (vgl. Jackson 2017, 211–216). Die dritte Voraussetzung stellt die Einführung neuer Kriterien für Investitionen in den zukünftigen Wohlstand dar. Dafür unterteilt er die Investitionen in sinnvolle Investitionen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie die Chancen auf ein gutes Leben maximieren und den materiellen Durchsatz minimieren. Dazu zählt der britische Ökonom Investitionen in Dienstleistungen zur Bereitstellung von Nahrung, Unterkunft und Mobilität, Gesundheit, Bildung und soziale Absicherung, Kunst und Kultur, den öffentlichen Raum und grüne Technologien. Als keine sinnvollen Investitionen definiert Jackson solche mit einem hohen Durchsatz, die keinen Beitrag zu einem langfristig guten Leben leisten (vgl. Jackson 2017, S. 218–222). Als vierte Voraussetzung fordert er eine soziale, nachhaltigere und ethische Geldwirtschaft. Diese soll dadurch erreicht werden, dass den Geschäftsbanken die Erlaubnis der Geldschöpfung durch Bilanzverlängerung entzogen wird, da diese mit einem Profitmaximierungsziel verbunden ist. Stattdessen soll die Kontrolle der Geldschöpfung wieder beim Staat liegen, es soll jedoch weiterhin Kommunalbanken, Kreditgenossenschaften und Investmentfonds mit sozialen, ethischen und nachhaltigen Zielen geben (vgl. Jackson 2017, S. 224–228).

Laut Jackson, der auch als Politikberater tätig ist, ist die folgende Auffassung weit verbreitet: Durch die herkömmliche, auf Schulden basierte Geldschöpfung und die damit verbundene Notwendigkeit der Zinsrückzahlung entsteht ein Wirtschaftswachstumszwang, und zwar in einem derart starken Ausmaß, dass ein stationärer Zustand zu wirtschaftlicher Instabilität führen kann. Er und Victor modellierten eine Wirtschaft mit stationärem Wachstum und konnten, indem sie die Saldenmechanik von Godley verwendeten, zeigen, dass diese auch mit verschiedenen Zinssätzen stabil blieb. Dieses Ergebnis bringt Jackson jedoch nicht von seiner oben genannten Forderung der Reform des Geldsystems ab (vgl. Jackson 2017, S. 255–257). Er plädiert außerdem gegen eine Austeritätspolitik und für einen aktiven Staat mit antizyklischer Ausgabenpolitik (vgl. Jackson 2017, S. 258–260). Jackson beschreibt folgende Ziele für seine Postwachstumsökonomie: „hohes Beschäftigungsniveau, soziale Investitionen,

Abbau von Ungleichheit und finanzielle Stabilität“. Nach der Meinung des ökonomischen Mainstreams wären diese Ziele in einer Wirtschaft ohne Wachstum unmöglich erreichbar, Jackson meint jedoch, dargelegt zu haben, warum sie in seinem Konzept durchaus erreichbar sein könnten, auch wenn er seine Arbeit noch nicht für abgeschlossen hält (vgl. Jackson 2017, S. 261).

3.3. Suffizienzökonomie von Niko Paech

Für Niko Paech ist eine Postwachstumsökonomie ein Wirtschaftssystem ohne wachsendes BIP, das sich durch stabile Versorgungssysteme und einen geringen Konsum auszeichnet (vgl. Lange 2018, S. 92). Paech hat die Ursachen für wirtschaftliches Wachstum in zwei Arten unterteilt. Zu ersten Gruppe, den strukturellen Wachstumstreibern, zählt er die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Kreditzinsen. Wie bereits weiter oben beschrieben, geht auch Paech davon aus, dass die Steigerung der Arbeitsproduktivität, in einem Zustand ohne Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit erhöhen kann, da die gleiche Menge an Arbeit von immer weniger Menschen verrichtet wird (vgl. Paech 2021, S. 109). Den zweiten strukturellen Wachstumstreiber stellen die Kreditzinsen dar, da sie Unternehmen mit Krediten dazu zwingen, immer mehr Umsatz zu machen, um den Kredit und die Zinsen tilgen zu können. Als kulturellen Wachstumstreiber bezeichnet er den steigenden Konsum, der häufig aus Statusgründen stattfindet (vgl. Lange 2018, 96ff).

Den strukturellen Wachstumstreibern sollten wir nach Ansicht von Paech mit Subsistenz begegnen. Als Subsistenz bezeichnet er eine Kombination von drei Versorgungssystemen (vgl. Paech 2021, S. 113), die sich durch die Länge der Wertschöpfungskette und die Bedeutung des Geldes unterscheiden, wobei mit abnehmender Wertschöpfungskette der Grad an Subsistenz zunimmt.

Dem kulturellen Wachstumstreiber möchte er mit Suffizienz begegnen (vgl. Paech 2021, S. 113). Suffizienz bezeichnet eine Verhaltensänderung in den Bereichen Konsum und Nutzung, mit dem Ziel, den Ressourcen- und Energieverbrauch zu reduzieren. Dies kann auf persönlicher oder gesellschaftlicher Ebene stattfinden und beinhaltet ein Abwägen zwischen Bedürfnisbefriedigung und Umweltbelastungen (vgl. Brischke 2024). Paech sieht in der Reduktion des Konsums, in Kombination mit der Aufwertung der Eigenarbeit, eine Steigerung der Lebensqualität. Daher plädiert er für ein neues Verständnis von Wohlstand und ein Leben mit mehr Freizeit und weniger Konsum (vgl. Holzinger 2024, S. 304). Konkret beinhaltet das eine Umwandlung der 40-Wochenstunden-Erwerbsarbeit in 20 Stunden unentgeltlicher Beschäftigung, zum Beispiel Care-Arbeit, Eigenarbeit oder Selbstversorgung und 20 Stunden entgeltlicher Erwerbsarbeit. Nach Ansicht von Paech führe die globale und industrielle Arbeitsteilung dazu, dass Menschen und Natur hauptsächlich im globalen Süden ausgebeutet werden (vgl. Holzinger 2024, S. 303). Um dem entgegenzuwirken, entwirft er die „Ökonomie der Nähe“. Diese zeichnet sich durch eine Deglobalisierung der Wirtschaft aus und bedeutet eine Umstellung des Großteils der Produktion auf regionale und lokale Ebene. Die dadurch entstehenden kürzeren Wertschöpfungsketten mit geringerer Arbeitsteilung und damit auch geringerer Arbeitsproduktivität würden ein wirtschaftliches Schrumpfen bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung bewirken (vgl. Paech 2021, S. 114–116). Auch benennt er in seinem Konzept

veränderte Unternehmensformen, die er als demokratisch, klein und gemeinnützig organisiert beschreibt (vgl. Paech 2021, S. 118). Besonders gefördert werden sollen solche Unternehmen, die zum Beispiel Reparaturdienstleistungen anbieten, Instandhaltungen vornehmen, renovieren und umgestalten. Teil seiner Postwachstumsökonomie sind neben dem oben beschriebenen „Rückbau industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme“ auch Geld- und Finanzmarktreformen. Dazu gehören die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die alleinige Geldschöpfung durch Zentralbanken und die Einführung von regionalen Währungen (vgl. Paech 2021, S. 133–135). Im Bereich der Bildungspolitik spricht er sich für die Einführung eines Pflichtschulfachs zum Thema Nachhaltigkeit aus. Auch sieht Paechs Konzept eine Obergrenze für Einkommen und Vermögen sowie - in Zeiten der Transformation - eine Mindestsicherung vor (vgl. Paech 2021, 138 ff).

3.4. Degrowth-Kommunismus von Kohei Saito

Kohei Saito ist Professor für Philosophie an der Universität von Tokio (vgl. Holzinger 2024, S. 323) und Teil eines Forschungsprojektes, in dem er Forschungsnotizen von Marx auswertet, die der Öffentlichkeit lange nicht zugänglich waren (vgl. Saito 2023, S. 112). Saito ist der Meinung, eine Genese von Marx hin zum Degrowth-Kommunismus entdeckt zu haben (vgl. Saito 2023, S. 146). In seiner „Stoffwechseltheorie zwischen Mensch und Natur“ beschreibt Marx die Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur und warnt bereits vor einem „unheilbaren Riss“, den der Kapitalismus in diesem Stoffwechsel hinterlassen könnte (vgl. Saito 2023, S. 120–124). Marx habe zwar kein finales Degrowth-Kommunismus-Konzept entworfen (vgl. Saito 2023, S. 151), doch dies ist nun Saitos Vorhaben mit einer Weiterentwicklung der Kapitalismuskritik des späten Marx. An herkömmlichen Degrowth-Konzepten kritisiert er, dass sie das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich in Frage stellten (vgl. Saito 2023, S. 84). Dies sei jedoch dringend notwendig, da der Kapitalismus ein System sei, das Menschen und Natur ausbeute und dessen Wirtschaft durch die Auslagerung der negativen Folgen in die Zukunft und in die Peripherie wachse (vgl. Saito 2023, S. 45). Da ein kapitalistisches System ohne wirtschaftliches Wachstum unmöglich sei, fordert Saito die Abschaffung des Kapitalismus (vgl. Saito 2023, 88ff).

Der Degrowth-Kommunismus, den Kohei Saito entwirft, beruht auf fünf Säulen. Die erste Säule besteht aus dem „Wandel zur Gebrauchsgesellschaft“. Der Philosoph beschreibt unsere Gesellschaft als eine, in der nur der Wert der Ware am Markt relevant sei. Dieser spiegle aber weder die enthaltenen ökologischen Kosten noch den Gebrauchswert wider (vgl. Saito 2023, S. 224). „Produziert wird hauptsächlich, was sich verkauft und nicht, was tatsächlich benötigt wird.“ (Saito 2023, S. 225) Aus diesem Grund fordert er eine Fokussierung auf den Gebrauchswert und eine Abkehr von der Fixierung auf die Steigerung des Wertes der Ware. Die Entwicklung entspräche einem Wandel hin zum Fokus auf die Lebensqualität und weg vom Ziel der Steigerung des BIP.

Der Wandel zur Gebrauchsgesellschaft in Verbindung mit dem Verbot der Bewerbung von Produkten, das Saito auch fordert, werde dafür sorgen, dass sich die Gesamtarbeitszeit verringere. Daher sieht die zweite Säule seines Konzeptes eine Verkürzung der Arbeitszeit vor, die für mehr Freizeit und eine höhere Lebensqualität Sorge (vgl. Saito 2023, S. 225–227). Im

nächsten Schritt beschreibt er abwechslungsreiche, vielseitige und kreative Arbeiten, die die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung bieten. Diese Art der Arbeit sei dadurch erreichbar, dass die Arbeitsteilung verringert werde und die Menschen in ihrer Arbeit wieder ganzheitlicher verschiedene Arbeitsschritte durchführten. Die dritte Säule, die „Aufhebung uniformer Arbeitsteilung“, sei in der Tendenz mit einer geringeren Effizienz verbunden und führe daher ebenso zu einer Verlangsamung der Wirtschaft (vgl. Saito 2023, S. 230–232). Die vierte Säule beschäftigt sich mit der „Demokratisierung des Produktionsprozesses“ und soll durch eine Rekonstruktion der „Commons“ erreicht werden (vgl. Saito 2023, 233 und 192). Saito meint mit dem Begriff „Commons“ Gemeingüter, die von den Nutzenden gemeinschaftlich produziert, genutzt und verwaltet werden (vgl. Saito 2023, S. 108).

Die Produktionsmittel sollen in der Form vergesellschaftet werden, dass sie mit flachen Hierarchien von den Menschen selbstbestimmt und gemeinsam verwaltet werden, zum Beispiel in Form von regionalen Bürgerverwaltungen, wie Genossenschaften oder auch Arbeitergenossenschaften, die keine Gesellschafter oder Aktionäre haben. Die erwirtschafteten Gewinne sollen direkt in die Unternehmen reinvestiert werden, die sich dann nicht mehr in Privatbesitz oder Staatsbesitz befinden. Dieser Prozess führe zu der erwünschten Demokratisierung der Wirtschaft (vgl. Saito 2023, S. 192–196), die auf demokratische Entscheidungen über zum Beispiel Energie- und Ressourcenverbrauch ausgeweitet werden soll. Die demokratische Entscheidungsfindung über die Art und Menge der Produktion sei eine weitere Maßnahme, genau wie die darauffolgende, die automatisch zu einer Temporeduktion im Wirtschaften führe. Mit der letzten Säule fordert Saito eine Fokussierung auf „systemrelevante Arbeit“. Damit sind „arbeitsintensive Industrien“ wie zum Beispiel der Pflegesektor gemeint, bei denen eine Automatisierung kaum möglich ist (vgl. Saito 2023, S. 233–236).

3.5. Wohlbefindensökonomie von Jason Hickel

Für den Wirtschaftsanthropologen Jason Hickel beschreibt Degrowth den Übergang in eine Wirtschaft, die nicht auf Wachstum angewiesen ist (vgl. Hickel 2023, 235 ff). Sein Degrowth-Konzept sieht vor, mit Hilfe von verschiedenen Reformen den Weg in eine postkapitalistische Welt zu beschreiten. Seine erste Maßnahme ist das Verbot der geplanten Kurzlebigkeit von Produkten (vgl. Holzinger 2024, S. 295). Die geplante Obsoleszenz wurde erstmals in den 1920er Jahren angewandt mit dem Ziel, in kürzerer Zeit mehr Produkte zu verkaufen und somit den Gewinn zu steigern. Diese Praxis führte dazu, dass innerhalb der letzten 10 Jahre 10 Milliarden Smartphones entsorgt wurden (vgl. Hickel 2023, 236 ff). Auch Antoine Monserand ist ein Befürworter der Abschaffung der geplanten Obsoleszenz. In einem makroökonomischen Modell hat er die Beschleunigung der Obsoleszenz simuliert und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass sich hierdurch die Einkommens- und Vermögensungleichheit verstärkt. Würde die geplante Obsoleszenz also verboten werden, so hätte dies positive Effekte auf die Umwelt und würde die Einkommensungleichheit verringern (vgl. Monserand 2022, S. 119).

Der zweite Reformvorschlag von Hickel umfasst die Reduktion von Werbemöglichkeiten (vgl. Holzinger 2024, S. 296), denn das Ziel der Werbemaßnahmen von profitorientierten

Unternehmen ist die Umsatzsteigerung. Während die Werbung vor 1920 hauptsächlich über die Funktionen der Produkte aufklärte, ist das Ziel der Werbung heute, neue Bedürfnisse in den potenziellen Konsument*innen zu wecken, die sie mit dem Kauf der Produkte befriedigen würden (vgl. Hickel 2023, 240 ff).

Als dritten Schritt auf dem Weg zum postkapitalistischen System schlägt Hickel die Förderung gemeinsamer Nutzung von Produkten vor (vgl. Holzinger 2024, 295). Dabei bezieht auf Autos oder andere Produkte, die wir ohnehin selten nutzen, zum Beispiel Gartengeräte und Werkzeuge, die von ganzen Stadtteilen in „Nachbarschaftswerkstätten“ gemeinsam genutzt werden könnten (vgl. Hickel 2023, 244 ff).

Der vierte Schritt umfasst das Verbot der Verschwendung von Lebensmitteln (vgl. Holzinger 2024, S. 296). Hickel weist darauf hin, dass jährlich die Hälfte der produzierten Lebensmittel unverzehrt entsorgt werden. Um diese Menge zu reduzieren, könnten Gesetze erlassen werden, die Lebensmittelgeschäfte dazu zwingen, ungenutzte Waren an gemeinnützige Organisationen zu spenden.

Der fünfte Reformansatz Hickels hat das Ziel, ökologisch besonders schädliche und sozial weniger wertvolle Industrien herunterzufahren. Als Beispiel dafür nennt er die fossile Brennstoffindustrie, die Rüstungs- und Luftfahrtindustrie, aber auch die Rindfleischindustrie, da diese über die Hälfte der weltweiten landwirtschaftlichen Flächen nutze. Erreicht werden könnte eine Schrumpfung der Rindfleischindustrie durch eine Beendigung der Subventionen für diesen Bereich und eine Erhöhung der Steuerlast auf Rindfleischprodukte (vgl. Hickel 2023, S. 245–248).

Über diese Reformideen hinaus schlägt Hickel vor, einige Umverteilungsmaßnahmen zu ergreifen, zum Beispiel die Einführung einer Vermögenssteuer. Auf die Einkommensgrenzen, die auch Hickel fordert (vgl. Hickel 2023, S. 254–258), wird in Kapitel vier näher eingegangen. Auch fordert er, dass wir unsere Vorstellung von Wohlstand verändern (vgl. Holzinger 2024, S. 296), denn er ist überzeugt davon, dass eine hohe Lebensqualität ohne Wirtschaftswachstum möglich ist (vgl. Hickel 2023, S. 233). Eine weitere Maßnahme Hickels besteht darin, nichtgewerbliche und ungerechte Schulden, wie die Auslandsschulden der Länder des globalen Südens zu erlassen, damit diese nicht mehr zur Tilgung der Schulden und Zinsen in einem Wirtschaftswachstumswang verbleiben müssen (vgl. Hickel 2023, 267 ff). Er fordert außerdem, die Geldschöpfung wieder zur Staatsaufgabe zu machen (vgl. Hickel 2023, S. 269–272). Hickel geht davon aus, dass die gesellschaftliche Transformation demokratisch organisiert und gestaltet werden kann, wenn die Macht der Eliten beschnitten und die Demokratie gestärkt wird (vgl. Hickel 2023, S. 274–280).

Durch die beschriebenen Maßnahmen hin zum postkapitalistischen System von Hickel würde die Gesamtproduktion verringert und damit auch die Menge an nachgefragter Arbeit. Um Arbeitslosigkeit zu verhindern und trotzdem Vollbeschäftigung zu erreichen, sieht er zwei Instrumente vor. Das ist zum einen die staatliche Arbeitsplatzgarantie und zum anderen eine Arbeitszeitverkürzung auf 20 bis 30 Wochenstunden. Durch die frei gewordene Zeit hätten die Menschen dann wieder mehr Zeit für Care- und Reproduktionsarbeit, die Geschlechtergerechtigkeit und die Lebenszufriedenheit könnten erhöht werden (vgl. Hickel 2023, S. 250–255).

Abbildung 3: Degrowth-Konzept Übersicht

Name des Konzeptes	Steady-State-Ökonomie	Neue Ökonomie des Wohlstandes	Suffizienz-ökonomie	Degrowth-Kommunismus	Wohlbefindens-ökonomie
Name und Land des Verfassers	Herman Daly, USA	Tim Jackson, Großbritannien	Niko Paech, Deutschland	Kohei Saito, Japan	Jason Hickel, Großbritannien
Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung	In den 70ern	In den 2000ern	In den 2010ern	In den 2020ern	In den 2020ern
Paradigmatische Perspektive	Neoklassisch	Keynesianisch und marxistisch	Umwelt-ökonomik	Marxistisch	Marxistisch
Umgang mit steigender Arbeitsproduktivität	Arbeitszeitverkürzung	Arbeitszeitverkürzung und sektoraler Wandel	Arbeitszeitverkürzung	Arbeitszeitverkürzung und Reduktion der Arbeitsteilung	Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsplatzgarantie

Quelle: Eigene Darstellung

Cédric Durand et al. unterteilen Degrowth-Konzepte in drei Gruppen. In der ersten Gruppe, die sie „anthropological critiques of growth“ nennen, sind alle Ansätze enthalten die Wirtschaftswachstum und Entwicklung kultur- und kapitalismuskritisch betrachten und in der Tendenz in der marxistischen Theorieschule zu verorten sind, dazu zählen die Konzepte von Saito und Hickel. In der zweiten Gruppe, der „steady state economics“, sind die Ansätze einsortiert, die trotz ihrer Kritik am Wirtschaftswachstum und der Anerkennung von Marktversäumnissen auf neoklassischen Grundlagen beruhen, dazu zählt das Konzept von Daly. Sie fordern eine Begrenzung des wirtschaftlichen Wachstums, wollen aber das Ziel der effizienten Allokation mit Marktinstrumenten erreichen und fordern eine Internalisierung ökologischer Externalitäten mit Hilfe von Preisinstrumenten. Die dritte Gruppe umfasst die Konzepte der „new economics of prosperity“. Die Ansätze dieser Gruppe stehen weitgehend in der Tradition der postkeynesianischen Theorieschule. Ihr Fokus liegt auf Wohlstand ohne Wachstum, bei gleichzeitiger makroökonomischer Stabilität, dazu gehört das Konzept von Tim Jackson (vgl. Durand et al. 2023, S. 2–4). Lange bezeichnet die makroökonomischen Bedingungen der „steady state economics“ und „new economics of prosperity“ überwiegend als komplementär (vgl. Lange 2018, S. 107).

Bezüglich der Wirtschaftssystemfrage kommen die ausgewählten Konzepte zu sehr unterschiedlichen Antworten. Das Konzept von Herrman Daly ist mit dem Kapitalismus vereinbar, auf das Konzept von Tim Jackson trifft dies unter bestimmten Bedingungen ebenfalls zu (vgl. Jackson 2017, S. 310). Die Umsetzung des Konzeptes von Niko Paech könnte eine Überwindung des Kapitalismus voraussetzen (vgl. Holzinger 2024, S. 304). Die Autoren Kohei Saito und Jason Hickel streben einen derartigen Systemwechsel explizit an (vgl. Saito 2023, 88ff; vgl. Holzinger 2024, S. 295).

In diesem Aspekt weisen die Konzepte erhebliche Unterschiede auf, doch alle Konzepte schlagen als Instrument zum Umgang mit steigender Arbeitsproduktivität die Kürzung der Arbeitszeit vor. Ob die Instrumente zur Reduktion der personellen Einkommensungleichheit der Konzepte auch kompatibel sind, wird im vierten Kapitel untersucht.

4. Personelle Einkommensungleichheit und Wirtschaftswachstum

Bevor die Konzepte in Bezug zur Ungleichheit gesetzt werden, soll zunächst die personelle Einkommensungleichheit beleuchtet werden, die als eine Ungleichheitsdimension im Fokus dieser Arbeit steht. Auch wird der Frage nachgegangen, ob in einem Degrowth-Szenario die Einkommensungleichheit zunehmen würde, weil wirtschaftliches Schrumpfen die Einkommensungleichheit verstärken könnte.

Eine Dimension ökonomischer Ungleichheit: Personelle Einkommensungleichheit

Es gibt verschiedene Dimensionen ökonomischer Ungleichheit. Die erste Unterscheidung findet zwischen der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen statt (vgl. Feld et al. 2020, S. 233). Diese beiden unterscheiden sich bezüglich ihrer mathematischen Dimensionen. Beim Vermögen handelt es sich um eine Bestandsgröße, die die Menge des Vermögens zu einem bestimmten Zeitpunkt angibt. Das Einkommen hingegen wird als Stromgröße gemessen. Es wird also die Menge in einem bestimmten Zeitraum angegeben (vgl. Piketty 2014b, S. 76). Ein weiterer Unterschied zwischen Vermögen und Einkommen besteht darin, dass Vermögen in Europa und Amerika deutlich ungleicher verteilt ist (vgl. Piketty 2014b, S. 447).

Bei der Einkommensverteilung innerhalb einer Volkswirtschaft kann zwischen der funktionalen und der personellen Einkommensverteilung differenziert werden. Die funktionale Einkommensverteilung gibt Auskunft über das Verhältnis der gesamtwirtschaftlichen Einkommen aus Löhnen und den gesamtwirtschaftlichen Einkommen aus Gewinnen. Die personelle Einkommensverteilung macht die Unterschiede zwischen den Haushaltseinkommen deutlich (vgl. Behringer et al. 2016, S. 9). Dabei können die Haushaltseinkommen verschiedene Quellen haben, dazu gehören zum Beispiel Löhne und Gehälter, Einkünfte aus selbstständiger Arbeit, Altersrenten, andere Transfereinkommen oder Einkünfte aus Vermögen. Interessant ist, dass die Einkünfte aus Vermögen und selbstständiger Arbeit deutlich ungleicher verteilt sind als die anderen Einkommensarten (vgl. Piketty 2020, 11–19).

In den letzten zwanzig Jahren hat die personelle Einkommensungleichheit zwischen den Ländern der Welt abgenommen, während sie jedoch innerhalb der meisten Länder zugenommen hat (vgl. Chancel et al. 2021, S. 11). Dieser steigende Trend der letzten zwei Jahrzehnte in der personellen Einkommensungleichheit ist auch in Deutschland zu beobachten (vgl. Chancel et al. 2021, S. 17). In Abbildung 4 sind in der mittleren Spalte die durchschnittlichen verfügbaren und gewichteten Einkommen der Dezile in Euro des Jahres 2016 aufgeführt. In den Jahren zwischen 1991 bis 2016 ist das Einkommen des ersten Dezils gesunken und machte in 2016, wie in der rechten Spalte zu sehen ist, einen Anteil von 3,2 Prozent am Gesamteinkommen aus. Die Realeinkommen der anderen Dezile sind in diesen 25 Jahren alle gestiegen. Den größten Zuwachs verzeichnete das zehnte Dezil. Im Jahr 2016 lag

das durchschnittliche, gewichtete und verfügbare Einkommen dieses Dezils bei 55.368 Euro und machte somit 23,3 Prozent des Gesamteinkommens aus (vgl. bpb 2020).

Abbildung 4: Verteilung der verfügbaren und gewichteten Haushaltseinkommen 2016

Dezile	Mittelwert je Zehntel (Dezil) in Euro, reale Einkommen in Preisen von 2010¹	Anteile am Gesamteinkommen in Prozent¹
1	7.635	3,2
2	11.970	5
3	14.817	6,2
4	17.256	7,3
5	19.692	8,3
6	22.243	9,4
7	25.088	10,6
8	28.832	12,2
9	34.299	14,5
10	55.368	23,3

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an bpb (2016c)

Die Wirkung von Wirtschaftswachstum auf personelle Einkommensungleichheit

Im 20sten Jahrhundert stellte der Wirtschaftswissenschaftler Simon Kuznets die noch heute bekannte Theorie auf, dass die personelle Einkommensungleichheit sich mit dem Pro-Kopf-Einkommen über die Zeit in einer umgedrehten U-Form entwickeln würde. Zu Beginn nehme die Ungleichheit zu, um ab einem gewissen Extrempunkt, an dem ein hoher kapitalistischer Entwicklungsstand erreicht sei, wieder einem abnehmenden Trend zu folgen und sich langfristig auf niedrigem Niveau einzupendeln (vgl. Krämer 2018). Diese Annahme beruht auf seinen statistischen Untersuchungen zu empirischen Daten aus den USA (vgl. Piketty 2014b, S. 26). Der von Kuznets beobachtete Rückgang in der Einkommensungleichheit in den Vereinigten Staaten bezog sich auf den Zeitraum zwischen 1913 und 1948. Piketty macht jedoch deutlich, dass diese Entwicklung auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie deren sozio-ökonomische Folgen zurückzuführen ist. Auch unterstellt er Kuznets, dessen Einsatz er sehr lobt, einen Mangel an ausreichendem empirischen Material und eine fragwürdige Motivation zur Formulierung seiner Theorie der „Kuznets-Kurve“ (vgl. Piketty 2014b, S. 31). Auch die ökonomischen Entwicklungen anderer Länder des globalen Nordens in den letzten Jahrzehnten haben den Vorhersagen Kuznets widersprochen (vgl. Krämer 2018).

¹ Personen in Privathaushalten auf Grundlage des verfügbaren und gewichteten Haushaltseinkommens

Es gibt bisher keinen Anlass dafür, davon auszugehen, dass wirtschaftliches Wachstum ursächlich für eine Zunahme der personellen Einkommensungleichheit ist (vgl. Piketty 2014b, S. 32).

Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es, wie dargelegt, keinen Grund dafür, anzunehmen, dass die Einkommensungleichheit durch einen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums zunehmen wird. Diese Feststellung ist insofern relevant, als dass dies bedeutet, dass die Instrumente zur Umverteilung der aktuellen personellen Einkommensungleichheit eingesetzt werden könnten und nicht zwingend eine größere Einkommensungleichheit, ausgelöst durch wirtschaftliche Stagnation oder Schrumpfung, umverteilen müssten.

5. Degrowth und personelle Einkommensumverteilung

In diesem Kapitel werden zunächst die Begründungen der Degrowth-Konzepte für mehr Gleichheit aufgezeigt, denn jede Umverteilungsmaßnahme sollte begründet werden. Als theoretische Grundlage für die Gegenüberstellung werden die Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit in den ausgewählten Degrowth-Konzepten - die Einkommensuntergrenzen, die Einkommensobergrenzen und die progressive Einkommensbesteuerung - im darauffolgenden Abschnitt beschrieben. Darauf folgt die Gegenüberstellung, unterteilt nach den drei Instrumenten, gefolgt von der Beantwortung der Kompatibilitätsfrage. Im Ausblick wird aufgezeigt, wie eine Anwendung der Instrumente der Einkommensuntergrenzen und der progressiven Besteuerung in Deutschland aussehen, wie die Anwendung des Maximaleinkommens und eine Einkommensverteilung mit schrumpfender Wirtschaftsleistung aussehen könnten.

5.1. Prinzipien der Gerechtigkeit und Begründungen zur Umverteilung

Umverteilungsmaßnahmen sollten immer begründet werden, häufig werden in dieser Argumentation Gerechtigkeitsprinzipien genannt. Im Themenfeld der sozial-ökologischen Transformation werden immer wieder die normativen Gerechtigkeitsprinzipien der globalen und intergenerationellen Gerechtigkeit genannt. (vgl. Petschow et al. 2018, S. 26). Im Kontext von planetaren Grenzen, die in Degrowth-Konzepten eine hohe Relevanz haben, ist die Auseinandersetzung mit diesen Gerechtigkeitsdimensionen sehr wichtig und sinnvoll. Diese Arbeit wird sich jedoch nur auf Gerechtigkeitsprinzipien sowie ökonomische Ungleichheiten und Umverteilungsinstrumente auf intragenerationeller und nationaler Ebene beziehen.

Begründungen für mehr Gleichheit in den ausgewählten Degrowth-Konzepten

Daly argumentiert mit Fairness für Umverteilung, seiner Meinung nach sei weder absolute Gleichheit noch unbegrenzte Ungleichheit fair. Er benennt fünf Begründungen für die Umverteilung mit Hilfe von Einkommens- und Vermögensobergrenzen (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 266). Das erste Argument bezieht sich auf die Demokratie. Er hebt hervor, dass eine starke Vermögenskonzentration im privaten Sektor zu großer politischer Macht in einer Demokratie führe und damit aufgrund der somit erzeugten politischen Ungleichheit seine Legitimation verliere (vgl. Daly 2009, S. 41–42). Das zweite Argument ist ein moralisches und

wird auch von der Ungleichheitsforscherin Ingrid Robeyns vertreten. Sie ist der Ansicht, dass die Erfüllung existentieller Bedürfnisse von ärmeren Menschen „eine höhere moralische Dringlichkeit“ habe, als die Erfüllung von Luxus-Bedürfnissen. Durch eine Einkommens- und Vermögenobergrenze würden die Möglichkeiten der Luxus-Bedürfnisbefriedigung begrenzt und dadurch mehr finanzielle Kapazitäten zur Befriedigung der existentiellen Bedürfnisse frei. Ein weiteres Argument bezieht sich auf die Funktionsweise des Marktes und zeigt auf, dass die Marktlöhne nicht den tatsächlichen Wert abbilden, der durch die verrichtete Arbeit entstanden sei. Daly argumentiert außerdem mit Umweltbelastungen, die durch eine hohe Einkommensungleichheit verstärkt würden. Auch ist er der Meinung, dass eine Einkommensumverteilung für die Funktionsfähigkeit einer stationären Wirtschaft wichtig sei (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 265).

Abbildung 4: Übersicht der Begründungen zur Umverteilung

	Steady-State-Ökonomie von Daly	Neue Ökonomie des Wohlstandes von Jackson	Suffizienz-ökonomie von Paech	Degrowth-Kommunismus von Saito	Wohlbefindens Ökonomie Hickel
Demokratie	x				
Moral	x				
Marktungfähigkeit	x				
Umwelt	x	x			x
Wirtschaftlichkeit	x				
Glück durch Gerechtigkeit/Gleichheit		x	x	x	x

Quelle: Eigene Darstellung

Tim Jackson verweist wie Kate Raworth darauf, dass zwischen Einkommensungleichheit und Umweltbelastung ein positiver Zusammenhang besteht. Dies liegt darin begründet, dass ein hohes Maß an Ungleichheit den Konsum von Statusgütern anheizt, der wiederum verheerende Folgen für die Umwelt hat. Viele Menschen orientieren sich an dem Lebensstil der Menschen, die über mehr Einkommen und Vermögen verfügen, als sie selbst und konsumieren vermehrt Statusgüter, um ihren Mitmenschen zu vermitteln, dass sie selbst über reichlich Einkommen und Vermögen verfügen (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 265). Des Weiteren führt er aus, dass eine hohe systematische Einkommensungleichheit negative Effekte auf Gesundheits- und Sozialbereiche habe (vgl. Jackson 2017, S. 288). Auch bezieht sich Jackson auf die bereits im ersten Kapitel erwähnte Studie von Pickett und Wilkinson, die

zu dem Ergebnis kommt, dass ab einer gewissen Einkommensgrenze nicht mehr die Steigerung des eigenen Einkommens die Lebensqualität erhöht, sondern eine Entwicklung in der Gesellschaft hinzu mehr Einkommensgleichheit (vgl. Pickett et al. 2010, S. 2–4; vgl. Jackson 2017, S. 289)

Paech und Saito argumentieren in einer ähnlichen Weise mit dem Faktor „Glück“, indem sie die These aufstellen, dass eine hohe Verteilungsungerechtigkeit unglücklich mache (vgl. Paech 2021, S. 148; vgl. Saito 2023, S. 82). Hickel argumentiert für mehr Gleichheit mit dem Wert der Gerechtigkeit (vgl. Hickel 2023, S. 255) und sieht in einer Umverteilung als positiven Nebeneffekt eine Reduktion der ökologischen Belastung (vgl. Hickel 2023, S. 258).

5.2. Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit

Man kann zwischen zwei Typen der Umverteilung unterscheiden. Der erste Typ wird als effiziente Umverteilung bezeichnet und enthält Instrumente wie Mindestlöhne, Bildungspolitik, Ausbildungsprogramme, Sozialversicherungen und keynesianische Nachfragepolitik (vgl. Piketty 2020, S. 129). Der zweite Typ ist die reine Umverteilung mit dem Instrument der fiskalischen Umverteilung, dabei handelt es sich um eine Umverteilung durch Steuerabgaben und Transfers (vgl. Piketty 2020, S. 114). Grundsätzlich gibt es viele verschiedene Instrumente zur Verringerung der personellen Ungleichheit der Einkommen, dazu gehören zum Beispiel auch Tarifverträge, die Förderung von Gewerkschaften und betriebliche Mitbestimmung (vgl. Piketty 2020, S. 76).

5.2.1. Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit in den ausgewählten Degrowth-Konzepten

Alle fünf Degrowth-Autoren, deren Konzepte Gegenstand dieser Arbeit sind, schlagen vor, eine Einkommensobergrenze einzuführen (vgl. Daly 2009, S. 42; vgl. Jackson 2017, S. 290; vgl. Paech 2021, S. 139; vgl. Neumann 2023). Eine Einkommensobergrenze, auch Maximaleinkommen genannt, stellt eine Grenze dar, die Einkommen nicht übersteigen dürfen. Zur Ausgestaltung solch einer Grenze gibt es verschiedene Möglichkeiten, die im nächsten Abschnitt näher beleuchtet werden. Denkbar wäre zum Beispiel, Löhne ab einer bestimmten Grenze zu 100 Prozent zu besteuern (vgl. Hickel 2023, S. 256). Diese Spezialform der Progressiven Einkommensbesteuerung befürwortet auch Daly (vgl. Lange 2018, S. 104), während Jackson ganz allgemein den Ausbau einer progressiven Einkommenssteuerstruktur fordert (vgl. Jackson 2017, S. 290).

Die Einführung einer Einkommensuntergrenze, zum Beispiel in Form eines Minimal- und Grundeinkommens wird von Paech, Daly, Hickel und Jackson gefordert (vgl. Daly 2009, S. 42; vgl. Jackson 2017, S. 290; vgl. Paech 2021, S. 139; vgl. Hickel 2023, S. 255). Letzterer schlägt ergänzend folgende Instrumente der effizienten Umverteilung vor: „Verbesserter Zugang zu Bildung, Antidiskriminierungsgesetze und Verbesserungen der lokalen Umgebung in benachteiligten Gebieten“ (Jackson 2017, S. 290).

Im Folgenden werden jedoch nur die drei Instrumente vom Typ der reinen personellen Einkommensumverteilung näher vorgestellt, die Progressive Einkommensbesteuerung, die Einkommensuntergrenzen und die Einkommensobergrenzen.

5.2.2. Einkommensuntergrenzen: Minimal- und Grundeinkommen

In einer Wirtschaft, die nicht mehr wächst, erhalten Maßnahmen zur Verhinderung von Armut einen neuen Stellenwert. Mögliche Instrumente zur Bekämpfung von Armut sind unter anderem neben Steuerreformen auch Regelungen zu Minimaleinkommen (vgl. Alexander 2016, S. 215). In dem Bereich der Einkommensuntergrenzen gibt es viele verschiedene Konzepte, die im Folgenden kurz angesprochen und dabei in zwei Gruppen eingeteilt werden.

Die erste Gruppe enthält die Transferleistungen, die unter dem Sammelbegriff Grundeinkommen zusammengefasst werden. Das Grundeinkommen soll eine finanzielle Mindestsicherung darstellen. Für das Grundeinkommen, das manchmal auch als Bürgereinkommen bezeichnet wird (vgl. Jackson und Victor 2021, S. 505), gibt es viele verschiedene Konzepte und Ausprägungen (vgl. Alexander 2016, 215). Eine Unterscheidung bezieht sich auf die Bedingungen, unter denen sich ein Anspruch auf das Grundeinkommen ergibt. In Deutschland gibt es zum Beispiel ein Grundeinkommen, das eine Existenzgrundlage für Alle sichern soll. Die Anspruchsgrundlage dieser Grundsicherung ist allerdings an die Bedürftigkeit und bestimmte Erwerbslosigkeitsumstände der Empfangenden gebunden (vgl. Butterwegge 2018, S. 416). Seit den 1960er Jahren wird immer wieder ein sogenanntes bedingungsloses Grundeinkommen gefordert. Diese monatliche Transferzahlung soll bedingungslos an alle unabhängig von Einkommenshöhe und Erwerbsstatus ausgezahlt werden. Die Idee zu diesem Grundeinkommen entstand im Zusammenhang mit der negativen Einkommenssteuer. Die negative Einkommenssteuer hingegen würde nicht an alle Menschen ausgezahlt werden, sondern nur an diejenigen, die unter dem Mindesteinkommen liegen und auch nur anteilig, bis diese Grenze erreicht ist (vgl. Piketty 2020, S. 127).

Die zweite Gruppe umfasst die Regelungen, die Arbeitseinkommen nach unten hin begrenzen. Diese Begrenzung kann in Form eines Mindestlohns und somit pro Stunde festgelegt werden. In Deutschland beispielsweise trat mit dem Jahr 2015 das Mindestlohngesetz in Kraft, die darin geregelte Untergrenze bezieht sich auf die Höhe des Stundenlohns (vgl. Brückner 2024, 46ff). Alternativ wäre auch eine Untergrenze denkbar, die sich auf ein Minimaleinkommen pro Woche oder pro Monat bezieht (vgl. Hickel 2023, S. 255).

5.2.3. Einkommensobergrenzen

In der Degrowth-Literatur hat bisher die Auseinandersetzung mit dem Thema Mindesteinkommen intensiver stattgefunden, als mit dem Gegenstück, der Einkommensobergrenze (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 264). Aus diesem Grund ist der Beitrag von Buch-Hansen et al. zu diesem Thema besonders wertvoll. Die Einkommenshöchstgrenze soll Thema dieses Abschnittes sein. Theoretisch wäre auch eine Vermögensobergrenze denkbar, diese ist aber politisch schwerer umsetzbar, da Menschen

mit sehr großen Vermögen in hohem Ausmaß über politische Macht verfügen. Eine Einkommensobergrenze würde jedoch nach und nach auch die Vermögen der Reichsten verringern, denn für den teuren Unterhalt von Luxusgütern müsste auch Vermögen aufgewendet werden, weil das Einkommen, bedingt durch die Obergrenze, dafür nicht mehr ausreichen würde. Buch-Hansen et al. beschreiben in ihrer Arbeit drei verschiedene Arten der Einkommensobergrenzen.

Absolute Einkommensobergrenze

Die erste ist die absolute Einkommensobergrenze, die dadurch gekennzeichnet ist, dass ab einer absoluten Grenze 100 Prozent des darüber liegenden Einkommens besteuert wird. Diese Version des Maximaleinkommens wurde bereits im 20sten Jahrhundert von führenden Politiker*innen vorgeschlagen, fand jedoch nie eine politische Mehrheit. Ein großer Nachteil dieser Form der Obergrenze ist, dass die Festlegung ihrer Höhe sehr willkürlich erscheint (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 266).

Einkommensobergrenze gebunden an Einkommensuntergrenze

Bei der zweiten Art handelt es sich um eine Einkommensobergrenze, die durch die Bindung an eine Einkommensuntergrenze zustande kommt. Dieses Konzept wurde von Sam Pizzigati entwickelt. Der große Vorteil dieses Vorschlags liegt darin, dass durch das feste Verhältnis auch einkommensstarke Menschen einen Anreiz hätten, sich für eine Erhöhung des Minimaleinkommens einzusetzen. Pizzigatis konkreter Vorschlag sieht vor, das Verhältnis des niedrigsten Nettolohns zum höchsten auf eins zu zehn zu begrenzen (vgl. Hickel 2023, S. 256). Theoretisch wäre jedoch jedes Verhältnis denkbar, so schlägt zum Beispiel Daly ein Verhältnis von 1 zu 20 vor, da ihm jedes kleinere Verhältnis zu egalitär erscheint. Genau darin, in der Arbitrarität des Zustandekommens des Verhältnisses liegt der Nachteil dieser Art (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 266).

Einkommensgrenze gebunden an Bedürfnisbefriedigungslinie

Die dritte Form zur Festlegung der Einkommensobergrenze wurde von Pierre Concialdi entwickelt. Hier wird im ersten Schritt die „Bedürfnisbefriedigungslinie“ berechnet. Dies ist das Einkommen, das für eine gesellschaftliche Teilhabe mindestens notwendig ist. Es wird mit Hilfe von Referenzbudgets, in die Beobachtungen von echten Ausgaben und Studienergebnissen einfließen, ermittelt und stellt die Untergrenze dar. In fester Relation dazu steht die Obergrenze, die als „Wohlstandsgrenze“ bezeichnet wird. Sie ist dann erreicht, wenn so viel vom Einkommen umverteilt wurde, dass sich alle Menschen über der Bedürfnisbefriedigungslinie befinden. Der große Vorteil ist somit, dass die Grenz- und Verhältnisfestlegung nicht willkürlich, sondern an die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse gebunden ist, die hier im Fokus stehen. Ein Nachteil ist, dass in diesem Konzept ursprünglich noch keine Umweltgrenzen enthalten sind (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 267).

Wenn man diese Form der Einkommensobergrenze um die ökologischen Grenzen ergänzen möchte, bietet es sich an, das Konzept der Donut-Ökonomie von Kate Raworth hinzuzuziehen. Sie zeichnet das Bild eines Donuts, dessen innerer Rand die sozialen Mindestgrenzen darstellt. Diese sollten weltweit nicht unterschritten werden und beziehen sich auf Kategorien wie zum

Beispiel Wasser, Bildung und Wohnung. Die äußere Begrenzung des Kreises, die nicht überschritten werden sollte, stellt die ökologischen, planetaren Grenzen dar, die bereits im Kapitel 1.5 angesprochen wurden. Das Ziel ist es, sich auf dem Donut, also genau in dem Bereich zu befinden, in dem die sozialen Grenzen nicht unter- und die ökologischen Grenzen nicht überschritten werden (vgl. Raworth 2018, S. 45).

Häufig stehen sozial- und umweltpolitische Ziele in Konkurrenz zueinander. Einkommensobergrenzen hätten jedoch in beiden Bereichen positive Auswirkungen, da die Menschen mit den höchsten Einkommen in ihren finanziellen Möglichkeiten, CO₂ zu emittieren, eingeschränkt würden (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 268). Dieser Effekt dürfte enorm sein, schließlich stoßen die reichsten ein Prozent der Weltbevölkerung das 175-fache an Treibhausgasen aus, das von den ärmsten 10 Prozent emittiert wird (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 264).

5.2.4. Progressive Einkommensbesteuerung

Die Einkommenssteuer kann proportional und progressiv gestaltet sein. Proportional bedeutet, dass für alle der gleiche Steuersatz greift. Ist die Steuer hingegen progressiv gestaltet, so steigt der Steuersatz mit der Höhe des Einkommens. Theoretisch könnte eine Einkommenssteuer auch regressiv gestaltet sein, dann würde der Steuersatz mit der Höhe des Einkommens sinken (vgl. Piketty 2014b, S. 664).

Die progressive Einkommenssteuer wurde im 20sten Jahrhundert als Instrument zur Einkommensumverteilung eingeführt. Zuvor waren die Steuersysteme fast alle regressiv gestaltet (vgl. Piketty 2024, S. 144). Die Einführung der progressiven Einkommenssteuer hat die Einkommensungleichheit erheblich verringert und ist heute durch den internationalen Steuerwettbewerb bedroht (vgl. Piketty 2014b, S. 661). Besonders die Körperschaftssteuer wurde aufgrund dieses Wettbewerbs immer weiter gesenkt. Das Gesamteinkommen einer Person lässt sich in Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen unterteilen (vgl. Piketty 2024, S. 58). Die besonders hohen Einkommen werden zu einem geringeren Anteil aus Löhnen erzeugt als die geringeren Einkommen. Durch das Senken der Körperschaftssteuer, die Auswirkungen auf den Kapitalanteil des Gesamteinkommens hat, ist die Belastung für diese Einkommen teilweise sogar regressiv (vgl. Piketty 2014b, S. 665).

Ein Einkommenssteuersystem kann so progressiv gestaltet sein, dass sich daraus eine Einkommensobergrenze ergibt. Bei einem Spitzensteuergrenzsatz von 99,99 Prozent, der Teil einer progressiven Besteuerung sein kann, handelt es sich faktisch gleichzeitig auch um eine Einkommensobergrenze (vgl. Parrique 2020, S. 528).

5.3. Gegenüberstellung der Instrumente in den ausgewählten Konzepten zur Reduktion der personellen Einkommensungleichheit

Im Folgenden wird erläutert, in welcher Form die drei Instrumente Einkommensuntergrenzen, Einkommensobergrenzen und progressive Einkommensbesteuerung zur Reduktion der personellen Einkommensungleichheit in den fünf Degrowth-Konzepten gefordert werden.

5.3.1. Einkommensuntergrenzen in den ausgewählten Degrowth-Konzepten

In einigen der hier behandelten Degrowth-Ansätzen wird eine Einkommensuntergrenze in Form eines Grundeinkommens genannt. Jackson und Paech empfehlen beide in ihren Konzepten die Einführung dieser Art der Einkommensuntergrenze (vgl. Jackson 2017, S. 308; vgl. Paech 2021, S. 139). Paech jedoch ist der Ansicht, dass diese Mindestsicherung nur an Menschen ausgezahlt werden sollte, die einen derartigen Bedarf aufweisen und sich gesellschaftlich engagieren. Sein Grundeinkommen wäre also nicht bedingungslos (vgl. Paech 2021, S. 139). In seinem Buch „Wohlstand ohne Wachstum“ beschreibt Jackson die Ausgestaltung des geforderten Grundeinkommens nicht näher. In einem Paper von 2021 untersucht er mit Victor zusammen in einem Modell unter anderem die Wirksamkeit von drei Umverteilungsinstrumenten in zwei Szenarien, die beide durch sinkende Wirtschaftswachstumsraten gekennzeichnet sind. Eines dieser Umverteilungsinstrumente ist ein universelles Grundeinkommen (vgl. Jackson und Victor 2021, S. 504). Jackson fordert in dieser Arbeit nicht explizit die Einführung dieses Grundeinkommens, jedoch wird er in der Beschreibung etwas detaillierter. Die Höhe sollte zehn Prozent des Durchschnittsarbeitseinkommens betragen, bedingungslos an alle Menschen ausgezahlt werden und durch staatlichen Aktienhandel finanziert werden (vgl. Jackson und Victor 2021, S. 512).

In seinem Buch „Wohlstand ohne Wachstum“ fordert Jackson ausdrücklich auch die Einführung eines Minimaleinkommens, gibt aber keinen Hinweis darauf, wie dieses Minimaleinkommen ausgestaltet werden sollte (vgl. Jackson 2017, S. 290). Hickel wird an der Stelle etwas genauer, indem er einen Minimallohn in Form eines Mindestlohns fordert. Dieser Mindestlohn sollte jedoch eine Mindestgrenze beschreiben, die sich nicht auf den Zeitraum einer Stunde sondern auf den Zeitraum einer Woche oder eines Monats bezieht (vgl. Hickel 2023, S. 255). Der Anthropologe fordert außerdem die Einführung einer Jobgarantie (vgl. Hickel 2023, 251), wodurch sein Minimallohn eine Tendenz in Richtung Grundeinkommen für Erwerbsfähige aufweist. Zwar wäre die Auszahlung an die Erwerbstätigkeit gebunden, aber durch eine Jobgarantie wäre es allen erwerbsfähigen Menschen garantiert möglich, eine Arbeit zu finden. Daly schlägt vor, ein Minimaleinkommen in der Gestalt einzuführen, dass Einkommen, die eine Mindestgrenze unterschreiten, mit einer negativen Einkommenssteuer belegt werden (vgl. Lange 2018, S. 104). Eine negative Einkommenssteuer bedeutet, dass der Staat in Höhe des negativen Steuersatzes eine Auszahlung an die besteuerte Person leistet. In diesem konkreten Fall wäre die Auszahlung so hoch, dass sie in Summe mit dem tatsächlichen Einkommen dem Minimaleinkommen entspräche. Bezüglich der genauen Höhe des Minimal- oder Grundeinkommens tätigen die Autoren in ihren Konzepten keine Aussagen, nur Jackson gibt mit der Kopplung an das durchschnittliche Arbeitseinkommen in dem oben angesprochenen Paper einen Hinweis auf die Höhe. Im Degrowth-Kommunismus-Konzept von Kohei Saito ließ sich kein Hinweis auf eine Forderung nach einer Einkommensuntergrenze finden.

Die Vorschläge der fünf Degrowther bezüglich der Einkommensuntergrenzen sind insofern miteinander vereinbar, als dass ein Grundeinkommen und ein Minimaleinkommen in keinem Zielkonflikt zueinander stehen und sich auch in der hier beschriebenen Ausgestaltung gut

kombinieren ließen. Sollte die Höhe des Grundeinkommens, wie von Jackson vorgeschlagen, an die Höhe des durchschnittlichen Arbeitseinkommens gebunden werden, so hätte die Einführung eines Minimallohns voraussichtlich einen Einfluss auf die Höhe des durchschnittlichen Arbeitseinkommens und somit indirekt auch auf die Höhe des Grundeinkommens. Bei der Frage der Bedingungslosigkeit im Anspruch des Grundeinkommens sind sich Paech und Jackson nicht einig.

5.3.2. Einkommensobergrenzen und progressive Besteuerung in den ausgewählten Degrowth-Konzepten

Im Degrowth-Kommunismus-Konzept von Kohei Saito ließ sich kein Hinweis auf eine Forderung nach einer Einkommensobergrenze finden, in einem Interview mit der Zeitung DIE ZEIT forderte er jedoch ein Maximaleinkommen, wobei er die genaue Höhe und die Art der Berechnung der Einkommensgrenze offen ließ (Neumann 2023). In gleicherweise unkonkret und undetailliert ist die Forderung von Jackson und Paech nach einem Maximaleinkommen (vgl. Jackson 2017, S. 290; vgl. Paech 2021, S. 139). Hickel und Daly schlagen vor, eine Einkommensobergrenze einzuführen, die an eine Einkommensuntergrenze gebunden ist (vgl. Daly 2015, S. 80; vgl. Hickel 2023, S. 256). Dabei lässt Hickel die Frage offen, um ein Wievielfaches das Maximaleinkommen höher sein darf als das Mindesteinkommen, während Daly einen Faktor von 20 fordert, da ihm jeder kleinere Faktor zu egalitär erscheint. Daly schlägt vor, die Angleichung der Einkommen durch die Einkommensgrenzen schrittweise dort zu beginnen, wo die aktuell höchsten Werte liegen (vgl. Buch-Hansen und Koch 2019, S. 266).

Daly und auch Hickel fordern insofern eine progressive Einkommensbesteuerung, als sie für alle Einkommen, die über der Einkommensobergrenze liegen, einen Grenzsteuersatz von 100 Prozent ab dieser Grenze einführen wollen (vgl. Hickel 2023, S. 256; vgl. Lange 2018, S. 104). In den Konzepten von Saito und Paech ließen sich keine Hinweise auf eine Forderung nach einer progressiven Einkommensbesteuerung finden. In seinem Buch „Wohlstand ohne Wachstum“ fordert Jackson eine progressive Einkommenssteuerstruktur, ohne dabei detaillierter zu beschreiben, wie diese aussehen sollte (vgl. Jackson 2017, S. 290). Im Paper von 2021, das er mit Peter Victor gemeinsam veröffentlicht hat, nimmt er folgende Progressivität an: Alle Einkommen, die über dem Durchschnittseinkommen liegen, werden mit 50 Prozent besteuert, für alle Einkommen, die darunter liegen, gilt ein Steuersatz von 25 Prozent (vgl. Jackson und Victor 2021, S. 512). Aus den Annahmen zu der Progressivität im Modell lässt sich allerdings nicht direkt eine Forderung von Jackson ableiten.

Die hier vorgestellten Vorschläge in Bezug auf Einkommensobergrenzen und eine progressive Besteuerung weisen keine Zielkonflikte auf und sind sehr gut miteinander vereinbar. Das liegt daran, dass einige Forderungen, wie die von Saito, Paech und Jackson zum aktuellen Zeitpunkt derart undetailliert sind, dass sie durch die Vorschläge von Hickel und Daly problemlos ergänzt werden könnten.

Abbildung 5: Übersicht über die Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit in den ausgewählten Degrowth-Konzepten

	Paradigmatische Perspektive	Art der Einkommensuntergrenze	Art der Einkommensobergrenze	Progressive Einkommenssteuer
Steady-State- Ökonomie von Daly	Neoklassisch	Minimaleinkommen	Bindung der Einkommensobergrenze an Einkommensuntergrenze; Verhältnis 1:20	Ja
Neue Ökonomie des Wohlstandes von Jackson	Keynesianisch und marxistisch	Minimallohn und Grundeinkommen	Ja, aber Art ist offen gelassen	Ja
Suffizienzökonomie von Paech	Umweltökonomik	Grundeinkommen	Ja, aber Art ist offen gelassen	Keine genannt
Degrowth-Kommunismus von Saito	Marxistisch	Keine genannt	Ja, aber Art ist offen gelassen	Keine genannt
Wohlbefindensökonomie Von Hickel	Marxistisch	Mindestlohn, mit Jobgarantie	Bindung der Einkommensobergrenze an Einkommensuntergrenze	Ja

Quelle: Eigene Darstellung

5.3.3 Kompatibilität der Instrumente in den ausgewählten heterogenen Degrowth-Konzepten

In seinem Buch „Wohlstand ohne Wachstum“ hat Jackson die Instrumente zur Verringerung der personellen Einkommensungleichheit nur benannt, ohne weitere Details der Ausgestaltung zu nennen. Sehr ähnlich rudimentär ist Paech in seinen Forderungen geblieben. Saito hat in seinem Buch nicht einmal die Instrumente benannt, jedoch fordert er ein neues Wirtschaftssystem, in dem sich die personelle Einkommensverteilung allein aufgrund des Systemwandels erheblich verändern könnte. Die Konzepte von Daly und Hickel sind in diesem Aspekt am weitesten ausgearbeitet. Dies könnte darin begründet sein, dass Daly bereits in den 70ern des 20sten Jahrhunderts mit der Veröffentlichung von Schriften zum Thema Degrowth begonnen hatte und daher im größten Zeitraum immer tiefer ins Detail gehen konnte, während Hickel der letzte der hier genannten fünf Autoren ist, der sein Konzept veröffentlicht hat, und somit die Möglichkeit hatte, sich von bereits bestehenden Konzepten inspirieren zu lassen.

Die in den Konzepten genannten Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit weisen keine Zielkonflikte untereinander auf, dies gilt auch für den im ersten Abschnitt aufgeführten Bereich der Begründung zur Umverteilung. Die betrachteten

Umverteilungsinstrumente wie Grundeinkommen, Minimal- und Maximaleinkommen sowie progressive Einkommensbesteuerung aus den untersuchten Degrowth-Konzepten sind kompatibel, obwohl die Konzepte sehr heterogen sind, was auch daran liegt, dass sie unterschiedlich detailliert ausgearbeitet wurden. Lediglich die Frage, ob ein Grundeinkommen bedingungslos sein sollte, ist hier kontrovers.

Wie gut die Instrumente zur Reduktion von personeller Einkommensumverteilung am Ende wirken, ist von vielen verschiedenen Faktoren abhängig, zum Beispiel vom Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, Sparraten und Wirtschaftswachstumsraten. Dies verdeutlichen auch Jackson und Victor, die in ihrem Paper die Wirkung einer progressiven Einkommenssteuer, einer Steuer auf Haushaltsvermögen und ein bedingungsloses Grundeinkommen getestet haben (vgl. Jackson und Victor 2021, S. 514).

5.4. Ausblick: Degrowth-Einkommensumverteilungsinstrumente in Deutschland

In diesem Abschnitt soll im ersten Teil betrachtet werden, wie eine Anwendung der Einkommensumverteilungsinstrumente aussehen könnte oder möglicherweise schon aussieht. Im zweiten Schritt wird beschrieben, wie eine Einkommensumverteilung in Deutschland aussehen könnte, unter der Bedingung, dass die deutsche Wirtschaft schrumpft. Dabei wird ein Rückgang in der deutschen Wirtschaftsleistung in dem Grad angenommen, der den Ländern, deren Pro-Kopf-Einkommen unter dem Durchschnitt liegt, ein leichtes Wachstum erlaubt, während das weltweite Wirtschaftswachstum in Summe stagniert.

Isolierte Betrachtung der Degrowth-Einkommensumverteilungsinstrumente in Deutschland

Für die Betrachtung werden, wie auch schon in Kapitel 3, Daten aus 2016 verwendet, da diese bereits weitreichend aufgearbeitet wurden und verfügbar sind. In einigen der ausgewählten Degrowth-Konzepte wurde eine progressive Gestaltung der Einkommenssteuer vorgeschlagen, diese gibt es in Deutschland bereits.

Wie in Abbildung 6 zu erkennen ist, werden Einkommen bis zur Grenze des Grundfreibetrages nicht besteuert. Ab dem Grundfreibetrag, der im Jahr 2016 für Ledige bei einem Jahresbruttoeinkommen von 8.652 € lag, bis zu Grenze von 53.666 €, gab es einen Bereich, in dem die Steuersätze progressiv gestaffelt waren. In dieser Zone lagen die Steuertarife zwischen 14 und 42 Prozent. Darauf folgte ein Bereich, in dem die Einkommenssteuer proportional gestaltet war. Das bedeutet konkret, dass im Jahr 2016 der Teil aller Einkommen, der die Grenze von 53.667 € überschritt aber die Grenze von 254.446 € nicht überschritten hatte, mit 42 Prozent besteuert wurde. Für alle Einkommen die 254.447 € im Jahr 2016 überschritten griff der Grenzsteuersatz von 45 Prozent (vgl. bpb 2016a).

Abbildung 6: Grenzsteuersätze auf Einkommen im Jahr 2016

Jahresbruttoeinkommen in Euro	Grenzsteuersatz in Prozent, für Ledige	Bereich
0 bis 8.652	0	Steuerfreiheit bis Grundfreibetrag
8.652 bis 13.669	14-24	Progressionszone
13.670 bis 53.666	24-42	
53.667-254.446	42 (Spitzensteuersatz)	Proportionalzone
254.447 oder mehr	45	

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an bpb (2016a)

Da in den ausgewählten Degrowth-Konzepten die Ausgestaltung der Progressiven Einkommensbesteuerung nicht näher ausgeführt wurde, wäre die Annahme möglich, dass Deutschland dieses Instrument bereits in ausreichendem Maße anwendet. Die einzige Ausnahme bildet der Spitzensteuersatz von 100 Prozent, den alle Degrowth-Autoren in Form einer Einkommensobergrenze gefordert haben. In der Bundesrepublik liegt der Spitzensteuersatz jedoch bei 42 Prozent.

Auch gibt es in Deutschland ein Grundeinkommen, so wie dies von Jackson und Paech gefordert wurde. Jedoch ist dies, anders als von Jackson in seiner Simulation angenommen, nicht „bedingungslos“, sondern an die Bedürftigkeit gebunden.

Es gibt eine Grundsicherung für Bedürftige, die erwerbsfähig und arbeitssuchend sind (vgl. Bähr et al. 2018, S. 15) sowie eine Grundsicherung für Bedürftige mit sehr geringen Einkünften im Rentenalter oder solchen, die vor diesem Alter bereits voll erwerbsgemindert sind (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2024). Jackson und Victor hatten für das Grundeinkommen in ihrer Simulation eine Höhe von 10 Prozent vom Durchschnittseinkommen angenommen. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen des Jahres 2016 betrug 34.101 € (vgl. Statistisches Bundesamt 2022, S. 36).

$$\frac{34.101 \text{ €}}{12 \text{ Monate}} \times 0,1 = 284,18\text{€ Grundsicherungsbetrag im Monat}$$

10 Prozent davon würden auf Monatsbasis einem Betrag von 284,18€ entsprechen. Die bestehende Grundsicherung in Deutschland errechnet sich aus dem Regelbedarf, den Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie möglichen Sonder- oder Mehrbedarfen (vgl. Deutsche Rentenversicherung 2024). Tatsächlich betrug allein der Regelbedarf im Jahr 2016 in Deutschland 404€ (vgl. Bähr et al. 2018, S. 357) und lag somit über diesen 284,18€.

Jedoch sind, wie auch an anderer Stelle bereits angemerkt, die Annahmen von Jackson und Victor in ihrer Simulation zum Grundeinkommen nicht direkt als Degrowth-Forderungen zu übersetzen.

Von Daly, Jackson und Hickel wurde außerdem ein Minimaleinkommen gefordert. In Deutschland gibt es den gesetzlichen Mindestlohn, der 8,50€ pro Stunde im Jahr 2016 betrug (vgl. Burauel et al. 2017, S. 1109). Zwar ist dies kein Mindestlohn pro Woche oder Monat, wie Hickel ihn forderte. Jedoch lässt sich ein Mindestmonatsbruttoeinkommen für Vollzeittätige, mit 174 Arbeitsstunden im Monat, berechnen:

$$8,50\text{€} \times 174 \text{ Arbeitsstunden} = 1.479\text{€} \text{ Mindestmonatsbruttoeinkommen}$$

Dieses Mindestmonatsbruttoeinkommen kann nun zur Berechnung einer Einkommensobergrenze, die es bisher in Deutschland nicht gibt, verwendet werden. Dieses Maximaleinkommen wurde von allen Degrowth-Autoren gefordert. Daly und Hickel schlugen eine Bindung der Einkommensobergrenze an die Einkommensuntergrenze vor, während Hickel sich dabei bezüglich des Spannenfaktors nicht festlegt, empfahl Daly ein Verhältnis von 1:20.

$$\begin{aligned} 1.479\text{€} \text{ Mindestmonatsbruttoeinkommen} \times 20 \times 12 \text{ Monate} \\ = 354.960 \text{ € Jahresbruttomaximaleinkommen} \end{aligned}$$

Aus diesem Jahresbrutto Wert ergibt sich ein Jahresnettowert von ca. 197.922 €². Dieser Nettowert ist nicht direkt mit den verfügbaren und gewichteten Haushaltseinkommen aus Abbildung 6 vergleichbar. Jedoch ist zu vermuten, dass sich die Einführung des Maximaleinkommens nur auf die Einkommen des obersten Dezils, das im Mittel über ein verfügbares und gewichtetes Einkommen von 55.368€ verfügt, auswirken würde. Fraglich ist jedoch, ob ein Spitzensteuersatz von 100 Prozent mit dem Grundgesetz vereinbar wäre (vgl. Schäfer 2012). Für eine Betrachtung der deutschen Einkommensverteilung im Degrowth-Kontext ist es sinnvoll, auch die Bedingungen, die sich aus der globalen Einkommensverteilung ergeben, zu berücksichtigen. Diese Betrachtung wird im folgenden Abschnitt vorgenommen.

Einkommensverteilung in Deutschland, unter globalen Degrowth-Bedingungen

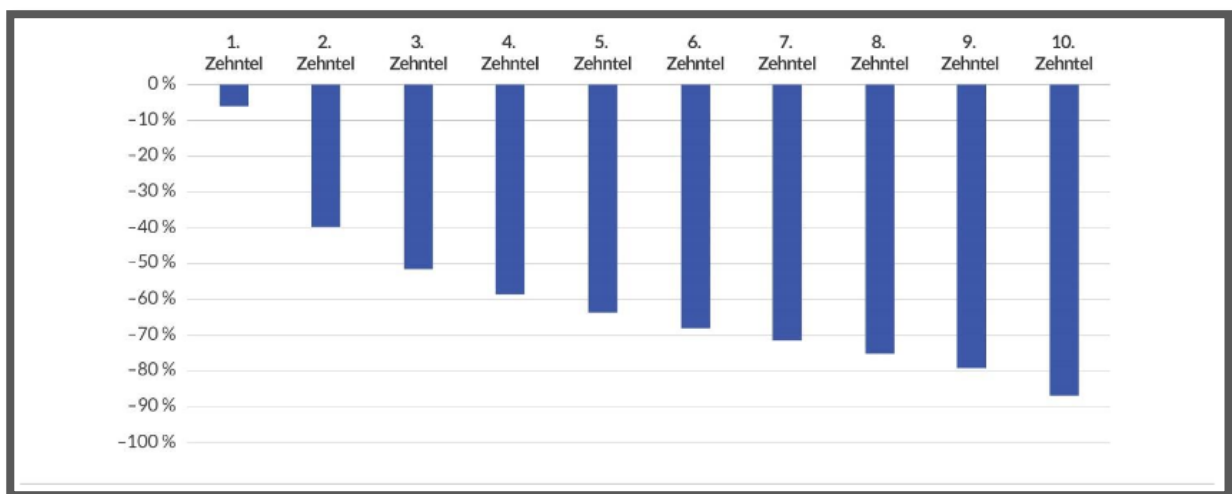
Zwischen dem Ungleichheitsforscher Branko Milanovic und dem Degrowth-Autor Jason Hickel hat sich im Jahr 2017 eine Debatte über die Möglichkeiten der Umverteilung in Degrowth-Szenarien entwickelt. In einem seiner Blog-Beiträge mit der Überschrift „The illusion of ‚degrowth‘ in a poor and unequal world“ hat sich Milanovic im November 2017 mit der Frage befasst, wie das durchschnittliche Einkommen in einer Welt ohne Wirtschaftswachstum verteilt werden könnte. Er zeigt auf, dass das durchschnittliche Einkommen weltweit auf dem Niveau des 13ten Perzentils liegt. Würden alle Menschen das durchschnittliche Einkommen erhalten, so würde zwar das Einkommen von 72 Prozent der Menschen wachsen, jedoch müsste das Einkommen der Top 27 um ca. zwei Drittel reduziert werden. Diesen Einschnitt schätz er als so einschneidend und unumsetzbar ein, dass er es für sinnvoller hält, auf Green-Growth zu hoffen (vgl. Milanovic 2017a).

² Angaben im Brutto-Netto-Rechner (<https://www.brutto-netto-rechner.info/index.php>): Jahresbrutto: 354.960, Jahr: 2024, Steuerklasse: 1, In der Kirche: nein, Bundesland: Hamburg, Alter: 31, Kinder: nein, Krankenversicherung, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung: gesetzlich versichert, KV-Zusatzbeitrag: 1,7 Prozent

Jason Hickel betonte in seiner direkten Antwort, dass die Menschheit alle sozialen Ziele für alle Menschen auf der Erde mit dem aktuellen durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen erreichen könnte, wenn es gleicher verteilt und besser genutzt würde. Unter anderem führt er außerdem aus, dass nicht alle Wirtschaftssektoren im gleichen Maße heruntergefahren werden sollten, sondern vor allem die ökologisch zerstörerischen und gesellschaftlich weniger notwendigen Sektoren (vgl. Hickel 2017a). Die Debatte zwischen den beiden Forschenden wird noch im selben Jahr mit einigen weiteren Blog-Beiträgen fortgeführt (vgl. Milanovic 2017b; vgl. Hickel 2017b).

Einige Jahre später thematisiert Milanovic in einer Replik erneut die Auswirkungen der Einkommensverteilung in einem Zustand mit stationärem Wirtschaftswachstum und erstellt dafür folgendes Gedankenexperiment: Er bezieht sich auf Hickels Forderung, Einkommen global so umzuverteilen, dass das BIP pro Kopf in den Ländern des globalen Südens weiter steigen kann, während es in den Ländern des globalen Nordens sinkt. Nun nimmt Milanovic an, dass das BIP pro Kopf auf dem Niveau von 2014 verbleibt und Wirtschaftswachstum nur noch aufgrund der demografischen Komponente stattfindet. Er hebt dann hervor, dass nur 14 Prozent der Menschen des globalen Nordens weniger verdienen als der Weltdurchschnitt. Somit müssten 86 Prozent der Menschen im globalen Norden ihr Einkommen reduzieren (vgl. Milanovic 2021).

Abbildung 7: Notwendige Einkommensenkung in Deutschland zur Erreichung absoluter Einkommensgleichheit bei Senkung der Durchschnittseinkommen um 70 Prozent nach Einkommensdezilen (Daten von 2016)



Quelle: Lindner (2023)

Fabian Lindner hat sich in einem Focus Paper Gedanken über die Auswirkungen dieses Gedankenexperimentes auf die Einkommensverteilung in Deutschland gemacht. Da Deutschland zu den Ländern gehört, deren Einkommen pro Kopf über dem weltweiten Durchschnitt von 2014 liegt, müssten die deutschen Einkommen im Durchschnitt sinken. Genauer bedeutet das nach Lindner, dass die Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland um 70 Prozent reduziert werden müssten. Seine Idee, um die Reduktion der Einkomme progressiv auf nationaler Ebene zu verteilen, ist in Abbildung 7 veranschaulicht. In seinem Szenario würde das oberste Dezil auf 90 Prozent seines Einkommens verzichten und das unterste Dezil auf sechs Prozent (vgl. Lindner 2023, S. 26).

Lindner ist der Meinung, dass diese Umverteilungsveränderungen so radikal seien, dass sie politisch nicht umsetzbar wären (vgl. Lindner 2023, S. 27). In dieser Frage der politischen Umsetzbarkeit einer durchschnittlichen Einkommensreduktion in Deutschland um 70 Prozent stimmt ihm Arne Heise zu. Jedoch hält er Lindners Annahme, dass es bei einer wirtschaftlichen Stagnation eine totale Annäherung der weltweiten Pro-Kopf-Einkommen zueinander gebe, für unrealistisch (vgl. Heise 2024, S. 125).

Die Länder, deren durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen dem weltweiten Pro-Kopf-Einkommen entspricht und für die sich dadurch ein Wachstum von null Prozent empfiehlt, machen einen Anteil von ca. 25 Prozent am weltweiten Wirtschaftswachstum aus. Diejenigen Länder, die mit ihrem Pro-Kopf-Einkommen über dem Durchschnitt liegen, machen einen Anteil von 55 Prozent aus. Wenn diese Länder ihre Wirtschaftsleistung um 1 bis 1,8 Prozent reduzierten, so könnten sich die Länder mit einem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen eine Wachstumsquote von 3 bis 5 Prozent leisten (vgl. Heise 2024, S. 126), siehe auch Abbildung 8.

Abbildung 8: Empfohlene Wachstumsquote in Abhängigkeit von Pro-Kopf-Einkommen

Pro-Kopf-Einkommen der Länder	Anteil der Länder am weltweiten Wirtschaftswachstum	Empfohlene Wachstumsquote bis 2035
Geringer als der Durchschnitt	20 %	3 bis 5 %
durchschnittlich	25 %	0 %
Höher als der Durchschnitt	55 %	-1,0 bis -1,8 %

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Heise (2024)

Würde man nun diese jährlichen Wachstumsquoten von -1 bis -1,8 Prozent für Deutschland für die nächsten elf Jahre zusammenrechnen, so käme man auf eine notwendige Reduktion der Pro-Kopf-Einkommen um 11 bis 19,8 Prozent. Die Betrachtung der nächsten elf Jahre sei von Lindner außen vorgelassen worden, wäre aber deshalb sinnvoll, weil die Erreichung der Klimaneutralität bis dahin erreicht sein soll und ein Schrumpfen der Wirtschaft ab diesem Zeitpunkt möglicherweise nicht mehr notwendig wäre.

Würde nun in Deutschland diese Einkommensreduktion progressiv gestaltet und nur auf die obersten drei Dezile verteilt, so ergäbe sich für diese einkommensstärksten 30 Prozent eine annähernd gleiche Einkommensverteilung. Die Einkommen der obersten drei Dezile würde sich um 20 bis 40 Prozent verringern. Die politische Umsetzbarkeit dieses Szenarios in einer Demokratie scheint deutlich realistischer als die Überlegungen von Lindner, da sich die Einkommen der einkommensschwächeren 70 Prozent nicht verändern würden (vgl. Heise 2024, S. 126).

Durch die Einführungen eines Maximaleinkommens, wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, wären die Einkommen von weniger als 10 Prozent der deutschen Bevölkerung betroffen, so dass eine politische Umsetzbarkeit dieser Variante der Umverteilung in Bezug auf die Mehrheitsverhältnisse theoretisch denkbarer erscheint.

Im Degrowth-Kontext ist aber schlussendlich nur die Betrachtung der Einkommensumverteilung unter globalen Bedingungen zielführend, da es sich bei den planetaren Grenzen, deren Einhaltung das Ziel ist, um globale Schwellen handelt. Sinnvoll wäre daher eine Berechnung eines Maximaleinkommens für Deutschland, das die globalen Bedingungen berücksichtigt.

6. Fazit

Die Feststellung, dass die Überschreitung der planetaren Grenzen in mindestens zwei Dimensionen ungerecht ist, ist unter den drei vorgestellten Wachstumspositionen unumstritten. Bei der ersten Ungerechtigkeitsdimension handelt es sich um die räumliche, die verdeutlicht, dass die Länder des globalen Nordens in viel größerem Maße für den Klimawandel verantwortlich sind, aber viel weniger darunter leiden als die Länder des globalen Südens. Die andere Dimension ist die zeitliche, die darauf aufmerksam macht, dass die kommenden Generationen den Klimawandel nicht verursacht haben, aber unter den Folgen leiden werden. Uneinig sind sich die Wachstumspositionen bei der Frage, ob eine hinreichende Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Ausstoß möglich sein wird, um die Klimaziele auch mit weltweit zunehmender Wirtschaftsleistung zu erreichen. Eine fundierte Beantwortung dieser Frage erscheint zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich (vgl. Heise 2024, S. 127). Umso sinnvoller erscheint aus diesem Grund eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Degrowth-Konzepten. In Kapitel 2 wurde anhand der Auswahl deutlich, wie heterogen die bestehenden Degrowth-Konzepte bereits sind. Die ausgewählten Konzepte sind zum Beispiel plural in Bezug auf ihre paradigmatische Perspektive und den Entstehungszeitpunkt. Sie wurden im Zeitraum der letzten fünfzig Jahre in Reaktion auf die Wachstumskritik des Club of Rome veröffentlicht. In den Konzepten des Degrowth-Kommunismus von Saito und der Wohlbefindensökonomie von Hickel wird die Wirtschaft aus einer marxistischen Perspektive betrachtet. Das Konzept der Suffizienz-ökonomie von Paech entstand im Kontext der Postwachstums- und Umweltökonomik. Jackson bedient sich in seinem Konzept der Ökonomie des Wohlstandes keynesianischer und marxianischer theoretischer Bestandteile und Daly stützt sich in seiner Steady-State-Ökonomie auf neoklassische Grundlagen. Bezüglich der Wirtschaftssystemfrage unterscheiden sich die ausgewählten Degrowth-Konzepte, in einigen vorgeschlagenen Maßnahmen sind sich die Ansätze trotzdem ähnlich, so fordern alle Konzepte als Instrument zum Umgang mit steigender Arbeitsproduktivität die Arbeitszeitverkürzung.

Zum aktuellen Zeitpunkt gibt es, wie dargelegt, keinen Grund dafür anzunehmen, dass die Einkommensungleichheit durch einen Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums zunehmen wird. Diese Feststellung ist insofern relevant, als sie bedeutet, dass die Instrumente zur Umverteilung der aktuellen personellen Einkommensungleichheit eingesetzt werden könnten

und nicht zwingend eine größere Einkommensungleichheit, ausgelöst durch wirtschaftliche Stagnation oder Schrumpfung, reduzieren müssten.

Die in den Konzepten genannten Instrumente zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit - das Grundeinkommen, das Minimal- und Maximaleinkommen sowie die progressive Einkommensbesteuerung - weisen untereinander keine Zielkonflikte auf. Dies gilt auch für die genannten Begründungen zur Umverteilung, wie Demokratie, Moral, Marktunfähigkeit, Umwelt, Wirtschaftlichkeit und Glück durch Gerechtigkeit/Gleichheit.

Die betrachteten Umverteilungsinstrumente sind kompatibel, obwohl die Konzepte sehr heterogen sind, was auch daran liegt, dass sie unterschiedlich detailliert ausgearbeitet wurden. In der Tendenz gibt es bei allen der fünf untersuchten Konzepte noch Potential in Bezug auf die Ausarbeitung. Einige Instrumente zur Verringerung der personellen Einkommensungleichheit wurden in Simulationen und Modellen getestet, zum Beispiel die Instrumente von Jackson und Hickel. Jedoch wäre hier weitere Forschung für eine ausgeprägtere makroökonomische Fundierung der Konzepte sinnvoll. Auch könnten die Wechselwirkungen verschiedener Maßnahmen weiter untersucht werden. Zum Beispiel könnten die Instrumente zur Reduktion der Einkommensungleichheit in einem Szenario getestet werden, in dem sich die funktionale Einkommensungleichheit aufgrund der Abschaffung der geplanten Obsoleszenz, wie von Monserand beschrieben, bereits verringert hat.

Von den untersuchten Instrumenten zur Einkommensumverteilung gibt es als Einkommensuntergrenzen in Deutschland bereits die Grundsicherung als Grundeinkommen und ein Minimaleinkommen in Form eines Mindestlohns. Auch ist die Einkommensbesteuerung, wie in einigen Degrowth-Konzepten gefordert, bereits progressiv gestaltet. Der Spitzensteuersatz beträgt jedoch 42 Prozent und nicht 100 Prozent, wie es für ein Maximaleinkommen, geregelt durch eine progressive Besteuerung, erforderlich wäre. Würde in Deutschland eine Einkommensobergrenze eingeführt und wie von Daly gefordert ausgestaltet werden, so würde die Einkommensobergrenze mit einem Faktor von 20 an die Einkommensuntergrenze gebunden werden. Im Jahr 2016 hätte somit das maximale Jahresbruttoeinkommen 354.960€ betragen.

Für eine Betrachtung der deutschen Einkommensverteilung im Degrowth-Kontext ist es sinnvoll, auch die Bedingungen, die sich aus der globalen Einkommensverteilung ergeben, zu berücksichtigen. Aus der Milanovic-Hickel-Debatte resultierend wäre ein Szenario denkbar, in dem die weltweite Wirtschaftsleistung bis zum Jahr 2035 konstant bleibt, während die Wirtschaft der Länder mit einem unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen leicht wächst, die Wirtschaft der Länder mit durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen stagniert und die Wirtschaft der Länder mit einem überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen um 1 bis 1,8 Prozent schrumpft. In diesem Szenario müsste die Wirtschaftsleistung der deutschen Volkswirtschaft in den nächsten elf Jahren um 11 bis 19,8 Prozent zurückgehen. Unter diesen Bedingungen wäre nach Berechnungen von Heise eine personelle Einkommensumverteilung möglich, die nur die Einkommen der einkommensstärksten 30 Prozent betrifft. Würde ein Maximaleinkommen in Höhe von 354.960€ Jahresbrutto eingeführt, so wären zwar die

globalen Degrowth-Bedingungen nicht berücksichtigt, jedoch wären nur die Einkommen der einkommensstärksten 10 Prozent betroffen.

Im Degrowth-Kontext ist allerdings nur die Betrachtung der Einkommensumverteilung unter globalen Bedingungen zielführend, da es sich bei den planetaren Grenzen, deren Einhaltung das Ziel ist, um globale Schwellen handelt. Sinnvoll wäre daher eine Berechnung einer Einkommensobergrenze für Deutschland, die die globalen Bedingungen berücksichtigt. Auch die Einführung einer Vermögensobergrenze wäre theoretisch denkbar. Obwohl die Idee der Obergrenzen nicht neu ist, wurden solche Grenzen bisher in keiner Demokratie eingeführt. Dies liegt vermutlich daran, dass die Menschen mit sehr großen Vermögen und Einkommen in hohem Ausmaß über politische Macht verfügen.

Doch wie Pickett und Wilkinson in der im ersten Kapitel erwähnten Studie dargelegt haben, erhöht sich die Lebensqualität der einkommensstarken und reichen Menschen ab einer gewissen Grenze nicht mehr durch eine Einkommenssteigerung, durchaus aber durch einen Anstieg der Einkommensgleichheit der Gesellschaft, in der sie leben. So würden auch diese Einkommensgruppen von der Einkommensbegrenzung profitieren.

Häufig stehen sozial- und umweltpolitische Ziele in Konkurrenz zueinander. Die Instrumente zur Bekämpfung der personellen Einkommensungleichheit in den ausgewählten Degrowth-Konzepten hätten jedoch in beiden Bereichen positive Auswirkungen, da die Menschen mit den höchsten Einkommen in ihren finanziellen Möglichkeiten, CO₂ zu emittieren, eingeschränkt würden. Möglicherweise könnte die immer populärer werdende Degrowth-Forschung einen neuen Impuls geben, sich mit dem Thema der ökonomischen Ungleichheit auseinanderzusetzen. Zusätzlich entsteht durch den Klimawandel eine neue und akute Dringlichkeit zur Umsetzung der Degrowth-Konzepte inklusive ihrer Maßnahmen zur Umverteilung.

Literaturverzeichnis

Alexander, Samuel (2016): Grund- und Höchsteinkommen. In: Giacomo D'Alisa, Federico Demaria und Giorgos Kallis (Hg.): Degrowth - Handbuch für eine neue Ära. Deutsche Erstausgabe. München: oekom verlag, S. 215–217.

Angelovski, Isabelle (2016): Umweltgerechtigkeit. In: Giacomo D'Alisa, Federico Demaria und Giorgos Kallis (Hg.): Degrowth - Handbuch für eine neue Ära. Deutsche Erstausgabe. München: oekom verlag, S. 74–78.

Bähr, Holger; Dietz, Martin; Kupka, Peter; Lobato, Philipp Ramos; Stobbe, Holk (2018): Grundsicherung und Arbeitsmarkt in Deutschland. Lebenslagen - Instrumente - Wirkungen: wbv Media GmbH & Company KG.

Behringer, Jan; Theobald, Thomas; van Treeck, Till (2016): Ungleichheit und makro-ökonomische Instabilität. Eine Bestandsaufnahme. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (Gute Gesellschaft - soziale Demokratie #2017plus).

bpb (2016a): Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Einkommensteuertarif. Bundeszentrale für politische Bildung. 6. Aufl. Mannheim. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19163/einkommensteuertarif/>, zuletzt geprüft am 12.12.2024.

bpb (2016b): Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Grenzen des Wachstums. Bundeszentrale für politische Bildung. 6. Aufl. Mannheim. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19548/grenzen-des-wachstums/>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.

bpb (2016c): Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. Einkommensverteilung. Bundeszentrale für politische Bildung. 6. Aufl. Mannheim. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61769/einkommensverteilung/>, zuletzt geprüft am 18.12.2024.

bpb (2020): Soziale Situation in Deutschland. Einkommenverteilung. Hg. v. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61769/einkommensverteilung/>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

Brischke, Lars-Arvid (2024): Suffizienz. Hg. v. ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH. Online verfügbar unter <https://www.ifeu.de/themen/energie/suffizienz>, zuletzt geprüft am 22.11.2024.

Brückner, Christian (2024): Geschlechtsspezifische Auswirkungen des Mindestlohns. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Buch-Hansen, Hubert; Koch, Max (2019): Degrowth through income and wealth caps? In: *Ecological Economics* 160, S. 264–271. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2019.03.001.

Burauel, Patrick; Caliendo, Marco; Fedorets, Alexandra; Grabka, Markus M.; Schröder, Carsten; Schupp, Jürgen; Wittbrodt, Linda (2017): Mindestlohn noch längst nicht für alle: Zur

Entlohnung anspruchsberechtigter Erwerbstätiger vor und nach der Mindestlohnreform aus der Perspektive Beschäftigter. In: *DIW Wochenbericht* 84 (49), S. 1109–1123. Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/handle/10419/173064>.

Butterwegge, Christoph (2018): *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Chancel, Lucas; Piketty, Thomas; Saez, Emmanuel; Zucman, Gabriel (2021): *World Inequality Report 2022*. Hg. v. World Inequality Lab. Online verfügbar unter wir2022.wid.world, zuletzt aktualisiert am 07.12.2024.

Daly, H. E. (2015): *From Uneconomic Growth to a Steady-State Economy*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing (Advances in Ecological Economics series). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=1876082>.

Daly, Herman (2009): *Steady-State-Ökonomie: ein Wirtschaftssystem des langfristigen Gleichgewichts*. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie ZfSÖ* 46 (162/163), S. 39–42.

Deutsche Rentenversicherung (2024): *Die Grundsicherung für Bedürftige*. Online verfügbar unter https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Rente/In-der-Rente/Grundsicherung/grundsicherung_node.html, zuletzt geprüft am 13.12.2024.

Durand, Cédric; Hofferberth, Elena; Schmelzer, Matthias (2023): *Planning beyond growth. The case for economic democracy within limits*. Political Economy Working Papers, 2023/1.

Farley, Joshua (2016): *Steady-State-Ökonomie*. In: Giacomo D'Alisa, Federico Demaria und Giorgos Kallis (Hg.): *Degrowth - Handbuch für eine neue Ära*. Deutsche Erstausgabe. München: oekom verlag, S. 64–68.

Feld, Lars P.; Fries, Jan L.; Preuß, Malte; Schmidt, Christoph M. (2020): *Verteilungsfragen in Deutschland: Herausforderungen der Messung und der zielgerichteten Umverteilung*. In: *Wirtschaftsdienst* 100 (4), S. 233–237. DOI: 10.1007/s10273-020-2623-5.

Fitzpatrick, Nick; Parrique, Timothée; Cosme, Inês (2022): *Exploring degrowth policy proposals: A systematic mapping with thematic synthesis*. In: *Journal of Cleaner Production* 365, S. 132764. DOI: 10.1016/j.jclepro.2022.132764.

Göpel, Maja (2016): *The Great Mindshift*. Cham: Springer International Publishing.

Göpel, Maja (2021): *Unsere Welt neu denken. Eine Einladung*. 16. Auflage. Berlin: Ullstein.

Heise, Arne (2024): *Green Growth oder Postwachstum – einige Anmerkungen zum Beitrag von Fabian Lindner*. In: *Wirtschaftsdienst* 104 (2), S. 123–127. DOI: 10.2478/wd-2024-0036.

Herrmann, Ulrike (2023): *Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind - und wie wir in Zukunft leben werden*. 9. Auflage. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch.

Hickel, Jason (2017b): *De-Growth is feasible: People want a new economy*. Online verfügbar unter <https://www.jasonhickel.org/blog/2017/11/22/why-branko-milanovic-is-wrong-about-degrowth-ii>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

Hickel, Jason (2017a): Degrowth: A response to Branko Milanovic. Online verfügbar unter <https://www.jasonhickel.org/blog/2017/11/19/why-branko-milanovic-is-wrong-about-de-growth>, zuletzt aktualisiert am 2020, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

Hickel, Jason (2021): What does degrowth mean? A few points of clarification. In: *Globalizations* 18 (7), S. 1105–1111. DOI: 10.1080/14747731.2020.1812222.

Hickel, Jason (2023): Weniger ist mehr. Warum der Kapitalismus den Planeten zerstört und wir ohne Wachstum glücklicher sind. Deutsche Erstausgabe. München: oekom.

Holzinger, Hans (2024): Wirtschaftswende. Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich: Libreka GmbH.

Jackson, Tim (Hg.) (2017): Wohlstand ohne Wachstum - das Update. Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. München: oekom verl.

Jackson, Tim; Victor, Peter A. (2021): Confronting inequality in the “new normal”: Hypercapitalism, proto-socialism, and post-pandemic recovery. In: *Sustainable Development* 29 (3), S. 504–516. DOI: 10.1002/sd.2196.

Krämer, Hagen (2018): Kuznets-Kurve. Hg. v. Gabler Wirtschaftslexikon. Online verfügbar unter <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/kuznets-kurve-39886/version-263285>, zuletzt geprüft am 07.12.2024.

Lange, Steffen (2018): Macroeconomics without growth. Dissertation. Metropolis-Verlag für Ökonomie Gesellschaft und Politik GmbH.

Lindner, Fabian (2023): Ökologische Nachhaltigkeit und materieller Wohlstand. - Ein Zielkonflikt? Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft Focus Papier 10. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/PicturePark/2023-06/W_Focus_Paper__10_Materieller_Wohlstand.pdf.

Milanovic, Branko (2017a): The illusion of “degrowth” in a poor and unequal world. Online verfügbar unter <http://glineq.blogspot.com/2017/11/the-illusion-of-degrowth-in-poor-and.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

Milanovic, Branko (2017b): The illusion of degrowth: Part II. Online verfügbar unter <http://glineq.blogspot.com/2017/11/the-illusion-of-degrowth-part-ii.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

Milanovic, Branko (2021): Degrowth: solving the impasse by magical thinking. Online verfügbar unter <https://branko2f7.substack.com/p/degrowth-solving-the-impasse-by-magical>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

Monserand, Antoine (2022): Buying into inequality: a macroeconomic analysis linking accelerated obsolescence, interpersonal inequality, and potential for degrowth. In: *European Journal of Economics and Economic Policies Intervention* 19 (1), S. 119–137. DOI: 10.4337/ejeep.2022.01.09.

Neumann, Peter (2023): Durch ein Maximaleinkommen können wir unnötigen Konsum verringern. In: *Zeit Online* 2023, 22.07.2023. Online verfügbar unter

<https://www.zeit.de/kultur/2023-07/kohei-saito-klimawandel-degrowth-kommunismus-japan-philosophie>, zuletzt geprüft am 30.10.2024.

Paech, Niko (2021): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. 12. Auflage. München: oekom.

Parrique, Timothée (2020): The political economy of degrowth. Université Clermont Auvergne [2017-2020] Stockholms universitet. Online verfügbar unter <https://theses.hal.science/tel-02499463/>.

Petschow, U.; Lange, S.; Hofmann, D.; Pissarsko, i. E.; Moore, N.; Korfhage, T.; Schoofs, A. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. Unter Mitarbeit von Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Hg. v. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau (Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten, TEXTE 89/2018). Online verfügbar unter <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumsposition>.

Pickett, Kate; Fix, Liana; Wilkinson, Richard (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind ; Zusammenfassung des Buches von Kate Pickett und Richard Wilkinson. [Electronic ed.]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse.

Piketty, Thomas (2014a): Capital in the Twenty-First Century: Harvard University Press.

Piketty, Thomas (2014b): Das Kapital im 21. Jahrhundert: Verlag C.H.BECK oHG.

Piketty, Thomas (2020): Ökonomie der Ungleichheit: Verlag C.H.BECK oHG.

Piketty, Thomas (2024): Eine kurze Geschichte der Gleichheit. 2. Auflage in der Reihe C.H. Beck Paperback. München: C.H. Beck (C.H.Beck Paperback, 6521).

Raworth, Kate (2018b): Post on X. Online verfügbar unter <https://x.com/KateRaworth/status/952135360225665026>, zuletzt geprüft am 18.12.2024.

Raworth, Kate (2018): Doughnut Economics. Seven Ways to Think Like a 21st Century Economist: Chelsea Green Publishing.

Rockström, Johan; Steffen, Will; Noone, Kevin; Persson, Asa; Chapin, F. Stuart; Lambin, Eric F. et al. (2009): A safe operating space for humanity. In: *Nature* 461 (7263), S. 472–475. DOI: 10.1038/461472a.

Saito, Kohei (2023): Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus. München: DTV.

Schäfer, Manfred (2012): DIHK: „Steuersatz von 100 Prozent ist verfassungswidrig“. In: *Frankfurter Allgemeine* 2012, 18.06.2012. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/debatte-um-linkspartei-vorschlag-dihk-steuersatz-von-100-prozent-ist-verfassungswidrig-11790573.html>, zuletzt geprüft am 12.12.2024.

Statistisches Bundesamt (2022): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Fachserie 18, Reihe 1.5. Online verfügbar unter <file:///C:/Users/vianm/Downloads/inlandsprodukt-lange-reihen-pdf-2180150.pdf>.

Universität Siegen (2024): apl. Prof Dr. Niko Paech. Kontakt. Online verfügbar unter <https://www.wiwi.uni-siegen.de/dekanat/kontakt/paech/>, zuletzt geprüft am 13.12.2024.

Vereinte Nationen (2024): Ziele für Nachhaltige Entwicklung. Online verfügbar unter <https://unric.org/de/17ziele/>, zuletzt geprüft am 23.10.2024.

Victor, Peter (2019): Managing without Growth, Second Edition: Edward Elgar Publishing.

Victor, Peter A. (2016): Wachstum. In: Giacomo D'Alisa, Federico Demaria und Giorgos Kallis (Hg.): Degrowth - Handbuch für eine neue Ära. Deutsche Erstausgabe. München: oekom verlag, S. 188–192.

Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages (2010): Zur Diskussion um Konzepte wirtschaftlichen Wachstums. Hg. v. Deutscher Bundestag. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/413788/59101536f7bc53f43d0612ea1179b932/wd-5-174-10-pdf-data.pdf>, zuletzt geprüft am 20.12.2024.